

DIE NATIONALITÄTENPOLITIK IN EUROPA IM LETZTEN DRITTEL DES 19. JAHRHUNDERTS

von
ISTVÁN DIÓSZEGI

Die Geschichtsschreibung registriert das neunzehnte Jahrhundert als das Zeitalter des Nationalismus, als das Jahrhundert des Zustandekommens der Nationalstaaten. Diese Auffassung kann nicht bezweifelt werden. Dies ist das Jahrhundert, in dem sich die ethnischen Einheiten zu politischen Gemeinschaften organisierten und ihre verschiedenen Ansprüche formulierten, das Jahrhundert, in dem die vom dynastischen Zeitalter ererbten Grenzen der Reihe nach fielen und an ihrer Stelle sich die Grundsätze der auf nationaler Grundlage erfolgenden Abgrenzungen durchsetzten. Die Geschichtsschreibung lieferte auch die Typologie dieses Prozesses. Im Falle des Nationalismus spricht sie von einer sprachlich-kulturellen und einer politischen Ebene, wobei sie bei letzterer die verschiedenen Inhaltsstufen unterscheidet, beim Entstehen der Nationalstaaten hingegen von einer nationalen Umgestaltung der alten Monarchien, von Vereinigung und Lösung, mit anderen Worten von einem westeuropäischen, mitteleuropäischen und osteuropäischen Typ der Staatsentwicklung. Es hat demgegenüber den Anschein, dass die Geschichtsschreibung — die national inspirierte genauso wie die vergleichende — der anderen Seite des Problems weniger Aufmerksamkeit zuwendet: der Nationalitätenpolitik des Staates und hauptsächlich der Motivation dieser Politik. Die national inspirierte Geschichtsschreibung interessiert diese Politik entweder bloss als Legitimierung der Nationalbewegung, ihr Horizont reicht daher über die verschiedenen Formen der Einschränkung nicht hinaus und ist zu jedweder Differenzierung unfähig, oder nur als peripherische Beziehung der Selbstverwirklichung der Nation und geht — von seltenen Ausnahmen abgesehen — auch heute noch über den Rahmen der Apologie nicht hinaus. Die vergleichende Geschichtsschreibung aber lieferte nur im Falle eines einzigen Reiches mit vielen Nationalitäten eine zufriedenstellende Analyse, im übrigen machte sie sich den Gesichtspunkt der national inspirierten Geschichtsschreibung zueigen und beschränkte ihre Untersuchungen auf die Darstellung der unterschiedlichen Formen der nationalen Unterdrückung. Es ist aber kaum nötig nachzuweisen, dass die Nationalitätenpolitik, als solche, eine grössere Aufmerksamkeit verdient. Nach Abschluss des mitteleuropäi-

schen Abschnittes der Staatenbildung lebte ein Drittel der europäischen Bevölkerung noch immer nicht hinter nationalen Grenzen, und auch nach Beedigung des dritten Abschnittes blieb ein Sechstel ausserhalb dieser. Die Prüfung der Politik der Nationalstaaten und der Reichspolitik, die Erarbeitung der Typologie der Verhaltungsformen, die Darlegung der Ursachen und Beweggründe und die Erklärung der Unterschiede können genauso eine aufregende Aufgabe der Geschichtsschreibung sein wie die Darstellung des Zustandekommens des Nationalstaates. Die Analyse und der Vergleich können in jedweder Periode der Umgestaltung durchgeführt werden, die wichtigsten Lehren bietet jedoch die Zeitspanne nach Abschluss des zweiten Abschnittes, das letzte Drittels des 19. Jahrhunderts.

*

Die Länder Westeuropas, wo der Nationalstaat einfach der alten Monarchie entwachsen war, kannten, beziehungsweise anerkannten zumeist das Bestehen einer Nationalitätenfrage nicht. Gelegentlich der alle zehn Jahre vorgenommenen Volkszählungen wurde nach allem Möglichen gefragt, die Rubrik: nationale Zugehörigkeit fehlte jedoch in der Regel. Der Anteil jener, die nicht der staatenbildenden Nation angehörten, konnte man demnach nur aufgrund regionaler Datenerfassungen schätzen. Die ziffernmässigen Daten verraten ziemlich viel. Ein Drittel der Bevölkerung Grossbritanniens lebte in Irland, Wales und Schottland, in Spanien machte die Bevölkerung Kataloniens und des Baskenlandes ein Fünftel der Gesamtbevölkerung aus und selbst in Frankreich wohnten in den verschiedenen nicht französischen Gegenden, in der Bretagne, auf Korsika, in Flandern und anderwärts mehr als 5% der Gesamtbevölkerung. Das sind in die Millionen gehende Grössenordnungen: in Grossbritannien um 1870 etwa zehn Millionen, in Spanien über drei Millionen, in Frankreich zwei Millionen Seelen, was selbst angesichts dessen hohe Ziffern sind, wenn wir berücksichtigen, dass auf diesen Gebieten auch eine beträchtliche Anzahl von Engländern, Spaniern und Franzosen lebte. Die Statistik argumentierte freilich nicht allein mit ihren Manipulationen, sondern auch mit ihren Daten für die Regierung. In Schottland sprachen 1891 nur 7% der Bevölkerung, in Irland 14% und selbst in Wales nur 55% ihre Muttersprache, die überwiegende Mehrheit dieser war zweisprachig, das heisst sie bediente sich des Englischen genauso wie der gälischen und cymrischen Sprache. Doch wenn auch die Statistiken die nationale Zugehörigkeit verheimlichten und fast eine sprachliche Homogenität nachwiesen, vermochte man an den Manifestationen des Erwachens zum ethnisch-politischen Selbstbewusstsein nicht mit geschlossenen Augen vorbeizugehen. Die im Namen der stärksten Nation regierende Staatsgewalt musste ihre – wie sie diese auch nannte – Nationalitätenpolitik ausgestalten.

Die Regierungsgrundsätze Grossbritanniens stammten in dieser Beziehung aus der fernen Vergangenheit. Ohne über die früheren, im wesentlichen einer Unterwerfung gleichkommenden historischen Beziehungen zu sprechen band Wales seit 1536, Schottland seit 1707, Irland seit

1801 eine Union an England, und diese Union bedeutete in jedem Fall ein Geltendwerden des Grundsatzes der Staatseinheit. Die Institutionen der monarchischen und ständischen Eigenstellung wurden restlos liquidiert, so die Parlamente, eine festgesetzte Zahl der Abgeordneten durften nur im zentralen Parlament, im Westminster Platz nehmen, und alle drei Länder wurden von London aus regiert. Die Zentralisierung erstreckte sich auch auf die kirchlichen Angelegenheiten: die anglikanische Kirche Irlands verflocht sich mit dem Staat, die Waleser anglikaner gehörten dem Erzbistum von Canterbury an und allein die presbyterianische Kirche Schottlands verfügte über eine Selbständigkeit. Die Regierungs- und Verwaltungssprache war die englische und das im Ausbau befindliche Schulsystem bevorzugte — obwohl der Gebrauch der gälischen und cymrischen Sprache nicht ausdrücklich untersagt war — den Unterricht in englischer Sprache. Diese Beschränkungsmassnahmen waren in Irland mit solchen Verordnungen diskriminierenden Charakters verbunden, die nur in der Kolonialpolitik ausserhalb Europas bekannt waren. Die irischen Bauern wurden ihres Bodens beraubt und aus ihrem Wohnort vertrieben, Die Bekleidung von Ämtern durch katholische Iren wurde gesetzlich verboten, zugleich schloss man sie von der Ausübung des staatsbürgerlichen und politischen Rechtes aller Art aus. Die Zentralisierungstendenz verstärkte sich in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts, nach der englisch-irischen Union noch weiter. Obwohl die Gründung einer selbständigen Kirche gutgeheissen wurde, bekräftigte man ihre Unterordnung dem Erzbistum von Canterbury, nachdem Jahrzehnte vorher das schottische Staatssekretariat innerhalb der Regierung aufgelassen wurde, liquidierte man auch die schottische Beratungseigenschaft und zugleich mit der Linderung der Gesetze gegen die irischen Katholiken entzog man ihnen fast völlig das Wahlrecht. Und als sich um die Mitte des Jahrhunderts die Bewegung kräftigte, die eine Auflösung (repeal) der Union urgierte und die eine irische Selbständigkeit fordernde Organisation der Fenier in einen bewaffneten Aufstand mündete, antwortete die Staatsgewalt mit totaler Brutalität: die Teilnehmer der Bewegung wurden in den Kerker und auf den Galgen gebracht. In der englischen Regierungspolitik, die sich zum Grundsatz einer strengen Zentralisation bekannte, kamen in der zweiten Hälfte der 60er Jahre die Anzeichen einer Änderung zum Vorschein. Teils, weil sich in Anbetracht der Kraft der irischen Bewegung eine simple Gewalt für unzweckmässig erwies, teils, weil auch seitens der Iren eine Geneigtheit zu Verhandlungen in Erscheinung trat. Die sich Ende des Jahrhunderts entfaltende Home-Rule-Bewegung nahm die englisch-irische Union zur Kenntnis und trachtete nur das selbständige irische Parlament wiederherzustellen und eine irische Autonomie zu schaffen. Die neue Richtlinie der britischen liberalen Regierung war durch Massnahmen gekennzeichnet, wie das Kirchengesetz, das die anglikanische Kirche Irlands vom Staat trennte, das Bodengesetz, welches den Iren günstigere Pachtmöglichkeiten gewährleistete, das die Angelegenheit des irischen Hochschulunterrichts regelnde Universitätsgesetz sowie die Errichtung eines Schottischen Amtes, an seiner Spitze mit einem schottischen Staatsminister. Als Krönung dieser Massnahmen legte Glad-

stone im Jahre 1886 dem britischen Parlament seinen Gesetzesantrag vor, der die Schaffung einer irischen Autonomie bezweckte. Die Abgeordneten im Westminster waren jedoch nicht so klug wie der grosse liberale Staatsmann: sein Antrag wurde damals, wie auch später wiederholt mit Stimmenmehrheit abgewiesen. Das gleiche Schicksal erreichte auch die Sache der schottischen und der walesischen Autonomie. Und wenn auch dank den Kraftanstrengungen der liberalen Regierungen gewisse Fortschritte auf Regierungsebene zu verzeichnen waren, — die Iren erhielten ein Ministerium für Landwirtschaft und Unterricht, die Waleser eine Universität mit cymrischer Unterrichtssprache und der Wirkungsbereich des Schottischen Amtes wurde weiter ausgedehnt — vermochte die Reformpolitik keinen richtigen Durchbruch zu erzielen. Die Struktur Grossbritanniens blieb bis zum Weltkrieg die gleiche, wie zur Zeit des Zustandekommen der Unionen war. Das Land wurde ohne Berücksichtigung der Ansprüche der Iren, Waleser und Schotten von London aus regiert. Die Zentralisierung wurde durch die in der Hauptstadt tätigen verschiedenen irischen, schottischen und walesischen Ämter auf Regierungsebene im wesentlichen nicht beeinflusst, die Rechtspflege des Schulwesens aber war bestenfalls ein Schönheitspflaster auf der fortgeschrittenen und irreversiblen sprachlichen Assimilation.

Die französische geschichtliche Entwicklung wich — ohne hier über die relative Gewichtlosigkeit der Nationalfrage zu sprechen — in zwei Beziehungen von der englischen ab. Erstens darin, dass die potentialen Nationalitätsgebiete verhältnismässig spät zu Frankreich kamen (Bretagne 1532, Elsass 1648, Korsika 1768), zweitens darin, dass die besprochenen Gebiete bis zur Revolution etwas von den Überresten ihrer Sonderstellung erhalten konnten. Nicht dass der französische Absolutismus nicht vieles für die Kräftigung der zentralen Macht getan hätte. Franz I. erklärte schon 1539 Französisch zur Staatssprache, Ludwig XIV. aber bekleidete die königlichen Intendanten der einzelnen Verwaltungsdistrikte auf dem Gebiete der Rechtspflege, der Aufrechterhaltung der Ordnung und des Finanzwesens mit Vollmacht. Mit den allen vertrag sich jedoch die lokale Selbständigkeit recht gut. Die Bretagne verfügte beispielsweise, ähnlich den übrigen Provinzen, über eine eigene Ständeversammlung, und die zentralen Verordnungen wurden erst rechtskräftig, wenn sie das örtliche Parlament inartikulierte hat. Neben Französisch lebten auch die verschiedenen Dialekte und andere Sprachen ihre selbständiges Leben, und das französische Königreich war noch sehr ferne von einer sprachlichen Uniformierung. Doch was der Absolutismus versäumt hat, holte die Revolution im Sturmschritt nach. Schon die Verfassung vom Jahr 1791 sicherte die führende Rolle von Paris dadurch, dass sie an Stelle der bisherigen Verwaltungsunordnung das einheitliche Départementensystem zustandebrachte, obzwar sie gewisse Elemente der Dezentralisation beibehielt. Die Zentralisierung hatte ursprünglich keinen nationalen Inhalt im späteren Sinne des Wortes. Die Einschränkung der lokalen Kräfte richtete sich in erster Linie darauf den Einfluss des *ancien régime* zu brechen, und wenn wie sie auch bestrebt war die französische Sprache allgemein einzufüh-

ren, hielt sie hauptsächlich die Rationalisierung der Verwaltung vor Augen. Die Franzöisierung dieser Art richtete sich genauso gegen die verschiedenen Dialekte wie gegen die vom Französisch abweichenden Sprachen. In der Atmosphäre des auswärtigen Krieges und des inneren Aufstandes verwirklichten dann die Jakobiner, die Besessenen der Zentralisierung die völlige Diktatur von Paris über der Provinz. Die Verfassung vom Jahr 1893 legalisierte die Vollmacht der Wohlfahrtskommission und verurteilte den Separatismus jedweder Art zur Vernichtung. Auch die sprachliche Sonderstellung erhielt keine Gnade, um so weniger, da diese Sprachen, wie das Elsässer Deutsch und das Bretonisch in der Bretagne von den äusseren Feinden und den inneren Rebellen gesprochen wurden. Der Konvent war sich darin einig, dass die bretonische, baskische, deutsche, italienische und flämische Sprache vernichtet werden muss. Die sprachliche Uniformierung, die durch Verwaltungsmassnahmen und Schulgesetze betrieben wurde, konnte zur Zeit der Jakobinerdiktatur – schon infolge Kürze der Zeit – nicht völlig durchgeführt werden. Die zum Tode verurteilten Sprachen haben die Revolution überlebt, ihre Gegenwart und Zukunft blieben jedoch ungewiss. Die einander folgenden französischen Systeme verneinten die Jakobiner in allem, die gewaltsame Franzöisierung übernahmen sie hingegen von ihnen restlos. Von einer Wiederherstellung der örtlichen Autonomie konnte keine Rede sein, die Verwaltungssprache blieb Französisch, der Unterricht erfolgte in der Unterstufe ausschliesslich in französischer Sprache und die Lokalsprachen durften in den Schulen selbst als Fremdsprachen nicht unterrichtet werden. Die zunehmende Industrialisierung und die damit einhergehende Migration zerrütteten die Einheit der geschlossenen bäuerlichen Gemeinschaften, und damit war auch das letzte Hindernis der sprachlichen Assimilation aus dem Wege geräumt. Und als zur Zeit der dritten Republik in Jahre 1882 der Grundschulunterricht – natürlich in französischer Sprache – obligat wurde, war die sprachliche Integration unter Dach und Fach. Die Republik beschwor die Übereifer der Jakobiner gleichsam herauf und unterzog den Lehrer einer Disziplinarstrafe, wenn die Schüler in den Zwischenpausen sich in ihrer Muttersprache zu sprechen getrauten. Die Regierung der Republik konnte ihrer Sache sicher sein. Die zerrütteten und eingeschmolzenen ethnischen Gemeinschaften leisteten bis zum Weltkrieg keinen nennenswerten Widerstand. Die Kraftanstrengungen der intellektuellen Gruppen hingegen blieben im Kreise der Betroffenen fast ohne Widerhall. Die Regierung gelangte bis zum Weltkrieg nicht einmal so weit, dass sie die Einführung des Schulunterrichts der Sprachen der Nationalitäten erwäge.

Die übrigen westeuropäischen Länder folgten den eine sprachliche Uniformierung ergebenden englisch-französischen Zentralisationsmodell nicht oder nur zum Teil. Die meiste Ähnlichkeit zeigte sich noch in der spanischen Entwicklung, obwohl das, was sich dort zugetragen hat, eher eine Karikatur als ein Ebenbild des englisch-französischen Musters war. Die spanische Monarchie brachte schon früh, schon im 15 – 16. Jahrhundert die politische Einheit der Iberischen Halbinsel (ohne Portugal) zustande, ih-

re Uniformierungstätigkeit blieb aber selbst hinter der des französischen Absolutismus zurück, und die Selbständigkeit der Provinzen blühte sowohl damals wie auch später ungestört weiter. Im Jahrhundert des Nationalismus hätte sich aus dem allen — in Berücksichtigung der ansehnlichen katalanischen und baskischen Bevölkerung — eine gesunde föderative Struktur entwickeln können. Die wiederholten Revolutionen und Bürgerkriege, welche in verborgener oder manifestierter Form das spanisch — katalanische und spanisch-baskische Gegenüberstehen immer beinhalteten, vermochten weder in der einen oder in der anderen Richtung eine Entscheidung zu erzwingen. Nach der neuerlichen Restauration der Monarchie im Jahr 1875 gewann schliesslich der kastilische Zentralismus die Oberhand. Die Verfassung vom Jahr 1876 liquidierte den nationalen Regionalismus und anerkannte auch ferner die historische Individualität Kataloniens und des Baskenlandes nicht. Die Zentralisation wirkte sich auch auf das Gebiet des Unterrichts und der Kultur aus, und obwohl man die Sprache der Nationalitäten nicht so ausrotten wollte wie die Franzosen, erfolgte die Rechtsprechung in dem Geiste, dass auch die Bewohner der betreffenden Gebiete eigentlich Spanier sind. Die Regierung aber war sich — wie dies die weitere Entwicklung der Dinge bewies — trotzdem nicht sicher dessen, dass sie die Nationalitätenfrage am Verordnungsweg gelöst hat.

Der belgische Nationalstaat vermochte sich nicht auf dem von der Monarchie geschaffenen Rahmen aufzubauen, weil ein solcher Rahmen einfach nicht vorhanden war. Belgien war die Provinz Spaniens und später Österreichs, hierauf geriet es zu Frankreich und dann zu Holland und erlangte seine Unabhängigkeit erst im Jahre 1830. Dementsprechend mangelte es an den aus der englischen und französischen Entwicklung wohlbekannten selbständigen Zentralisierungsversuchen, um so mehr waren die österreichische Germanisierung, die französische Zentralisierung und die holländische Uniformierung zugegen. Der unabhängige Staat hätte aus diesen Versuchen die Lehre ziehen können, dass in diesem Raum jedwede derartige Bemühung ergebnislos ist, dennoch setzten sie die Sache dort fort, wo sie die fremden Eroberer bleiben liessen. Die Provinzialselbständigkeit hatte keine festen Traditionen, damit, dass die Verfassung eine solche nicht kodifiziert hat, verletzte sie noch keinerlei Interessen. Damit aber schon, dass die führende Schichte der Wallonen zugleich mit der verbalen Manifestation der Sprachenfreiheit Französisch zur Staatssprache erhob und auch auf dem Gebiete des Schulwesens die Staatssprache bevorzugte. All dies stand im scharfen Gegensatz zur ethnischen Struktur des Landes, sprach doch die Mehrheit der Bevölkerung flämisch und der Anteil der französisch sprechenden Wallonen bloss 45 Prozente der Gesamtbevölkerung betrug. Zur sprachlichen Uniformierung schöpften die Wallonen aus der französischen Praxis Argumente. Auch sie behaupteten, dass Flämisch die Verbreitung der Zivilisation behindert und ein Fortschritt nur durch die sprachliche Uniformierung möglich sei. Sobald jedoch die ziffermässig stärkere flämische Bevölkerung eine höhere Stufe des sprachlichen und politischen Bewusstseins erreicht hatte, wurde diese politische Praxis sofort zur Unmöglichkeit. Das Parlament schuf von Beginn der 1870er

Jahre an der Reihe nach die Gesetze, die im flämischen Sprachgebiet den Gebrauch der flämischen Sprache in der Gerichtspflege, der öffentlichen Verwaltung sowie im Mittel- und Hochschulunterricht gewährleisteten. Im Jahr 1898 aber wurde auch die Gesetzgebung zweisprachig und damit erhob sich eigentlich Flämisch zur zweiten Staatssprache. Trotz der pessimistischen Prognosen förderte dies alles den flämischen Separatismus nicht. Die Flämen wollten sich genauso wenig Holland anschliessen, wie die Wallonen an Frankreich. Das belgische Beispiel erbrachte den Beweis dafür, dass nicht die sprachliche Uniformierung das einzige Mittel für ein Zusammenhalten des Staates ist.

Die historische Entwicklung produzierte auf der skandinavischen Halbinsel ein eigenartiges Gebilde: die schwedisch-norwegische Union. Die Bezeichnung selbst stellt noch kein Kuriosum dar, brachte doch die westeuropäische Entwicklung zahlreiche solche, eine Assoziierung zweier keineswegs gleichen Partner darstellende Gebilde zustande, und auch das Entstehen ist nicht aussergewöhnlich, weil Dänemark gemäss den aus dem dynastischen Zeitalter bekannten Rezept, Norwegen einfach dem siegreichen Schweden überliess. Die Art und Weise der Einrichtung regelte 1814 die Vereinbarung zwischen den beiden Ländern und in dieser berücksichtigte Schweden, obwohl es sich des Vorrechtes des Erwerbers bediente, die Wünsche des angegliederten Norwegens weitgehendst. Im Sinne der Mosser Konvention vom Jahr 1814 blieben beide Staaten unabhängige Königreiche, die allein die Person des gemeinsamen Herrschers miteinander verband. Freilich war diese Verbindung mehr als eine Personalunion: Norwegen verfügte über keine selbständigen auswärtigen Angelegenheiten und auch bezüglich des Einsatzes der Wehrkraft lag die Entscheidung beim König, die Verbindung erinnerte daher eher an den späteren österreichisch-ungarischen Dualismus. Die innere Selbständigkeit kam jedoch restlos zur Geltung: das norwegische Parlament schuf die Gesetze, gegen die der König nicht einmal sein Veto einlegen konnte und die Landesangelegenheiten lenkte voll und ganz die norwegische Regierung. Die Verwaltungszentralisation, sprachliche Assimilation und andere aus dem Leben der westeuropäischen Staaten bekannte Phänomene blieben in der schwedisch-norwegischen Symbiose fast ein Jahrhundert lang unbekannt, die Beziehung dynastischer Herkunft wurde durch die aussenpolitische Interessengemeinschaft: die Furcht vor der deutschen und russischen Expansion noch weiter verstärkt. Der norwegische Partner fühlte sich jedoch stets in einer untergeordneten Lage. Das Parlament forderte – ähnlich der ungarischen Unabhängigkeitspartei – einen grösseren persönlichen Anteil im Aussenministerium und die Hissung der norwegischen Fahne an der Fassade der gemeinsamen auswärtigen Vertretungen und löste endlich im Jahr 1905 die Union auf. Der vielversprechende Versuch erlitt infolge der norwegischen Ungeduld Schiffbruch.

Wenn der belgische und der schwedisch-norwegische Fall in den Typ der westeuropäischen Staatenentwicklung nur mit einigen Zwang einge-reiht werden können, so weist der Schweizer Fall von diesem ganz und gar ab. Die Schweiz war bis zum Ende des 18. Jahrhunderts eigentlich um nichts

mehr als ein geographischer Begriff und erinnerte in ihren Verhältnissen ganz an das zergliederte Deutschland. Die Kantone lebten ihr selbständiges wirtschaftliches und politisches Leben, der zwischen ihnen bestehende Staatenbund, die Eidgenossenschaft war ein Bund souveräner Staaten zwecks Sicherung des Friedens unter den Kantonen und Organisation der gemeinsamen Verteidigung, innerhalb der Kantone hingegen kamen die staatsorganisatorischen Normen einer aristokratischen Republik zur Geltung. Das Fehlen einer Zentralisierung lieferte damals noch keinerlei Mehrwert und die Zergliederung war gleichbedeutend mit der Konservierung des Feudalismus. Die andere Eigenart der Schweiz ist die multinationale Zusammensetzung. Zwei Drittel der den Staatenbund bildenden zweiundzwanzig Kantone waren von Deutschen, ein Drittel von Franzosen bewohnt und etwa 5 Prozente betrug der Anteil der Italiener und der Rätoromanen. Die ethnische Zusammensetzung verursachte in den früheren Jahrhunderten keinerlei Sorgen, zur Zeit der nationalen Erwachung konnten ihr aber leicht eine Zentralisation oder eine Sezession entspringen. Entweder so, dass die stärkste Nationalität nach französischer Art die Zentralisierung und zusammen mit dieser die sprachliche Uniformierung versucht, oder so, dass die drei Nationalitäten, nach dem späteren osteuropäischen Muster, in Richtung der entstandenen oder im Entstehen begriffenen Nationalstaaten gravitieren. Interessanterweise blieb der Staatenbund von beiden Phänomenen frei. Wahrscheinlich deshalb, weil die über tiefe historische Wurzeln verfügende Eigenstaatlichkeit der Kantone stärker war als die vereinigende oder auch die zersetzende Kraft des Nationalismus. Mit dem hartnäckigen Streben nach Eigenständigkeit kann auch erklärt werden, dass sich das Bewusstsein der Zusammengehörigkeit zwischen den Kantonen nicht völlig entwickelt hat, und dass 1815, nach Beendigung des französischen Zeitalters, man charakteristischerweise wieder zum System des losen Staatenbündnisses zurückkehrte. Die Erfahrungen erbrachten aber den Beweis, dass im Zeitalter der Grossmächte und der im Entstehen befindlichen Nationalstaaten diese mittelalterliche Formation weiter nicht lebensfähig ist. Man vermochte es nicht zu vergessen, dass Frankreich im Jahr 1798 einen Teil der Kantone annektiert hat und die zustandegebrachte Helvetische Republik mit Fäden der Abhängigkeit an sich fesselte, auch konnte es nicht übersehen werden, dass der erwachende deutsche und italienische politische Nationalismus mit einer totalen ethnischen Vereinigung, das heisst mit dem Verschlingen eines Grossteils des Staatenbundes rechnet. Eine beherzigungswerte Mahnung war auch, dass sich die sich den demokratischen Reformen widersetzenen Kantone 1845 im Sonderbund gruppieren, den im Jahr 1815 abgeschlossenen Bündnisvertrag lösen wollten und die Lostrennung nur durch Anwendung der bewaffneten Macht, durch einen Krieg gegen den Sonderbund verhindert werden konnte. Die äussere Drohung und die Gefahr einer inneren Uneinigkeit kräftigten das schweizerische Zusammengehörigkeitsbewusstsein und als dessen Ergebnis brachten die zweiundzwanzig Kantone im Jahr 1848 an Stelle des losen Staatenbündnisses den über sämtliche Attribute eines souveränen Staates verfügenden Bundesstaat zustande. Der Bundesstaat erhielt eine regelrechte

Regierung, die das aufgrund des allgemeinen Wahlrechtes gewählte Parlament designierte, und diese Regierung lenkte die auswärtigen Angelegenheiten und verfügte über das Bundesheer. Die Kantone konnten ihren eigenen Standpunkt auch durch den Staatsrat besonders zum Ausdruck bringen, in ihren inneren Angelegenheiten hingegen bewahrten sie vollauf ihre frühere Selbständigkeit. Diese aus der Verfassung der Vereinigten Staaten adaptierte föderative Struktur hatte die Besonderheit, dass sie nicht auf identischen nationalen Einheiten beruhte, sondern in nationaler Hinsicht heterogene historisch-politische Einheiten umfasste. Die Verfassung – und hier vergütete sich das Defizit der dauernden provinziellen Sonderstellung – löste auch das Problem der Nationalsprache mustergültig. Die Abgeordneten betrachteten die sprachliche Heterogenität als eine der ältesten schweizerischen Traditionen und es ergab sich die Frage überhaupt nicht, dass auf eidgenössischer Ebene einer der Sprachen, auch der Sprache der Mehrheit der Bevölkerung nicht, irgendein Vorteil eingeräumt werde. Die Verfassung erklärte Deutsch, Französisch und Italienisch als Amtssprache und Rätoromanisch als Nationalsprache, was gleichbedeutend damit war, dass auf Konföderationsebene alle drei Sprachen als Amtssprache gebraucht werden konnten, die Staatsbürger sich aber in jedweder Nationalsprache an die Amtorgane wenden konnten. Die Kantone konnten je nach ihrer nationalen Zusammensetzung die sprachliche Gleichberechtigung geltend machen: die Amtssprache der Kantone war dementsprechend Deutsch, Französisch und Italienisch, und wo sich dies für notwendig erwies, wurde die zwei- beziehungsweise dreisprachige Praxis zum Gesetz erhoben. Dies alles setzte sich auf dem Gebiet der Rechtsprechung, der Verwaltung, der Kultur und des Schulwesens in gleicher Weise durch. Die Verfassung wurde im Jahr 1874 abgeändert, die Befugnis des Bundes wurde auf dem Gebiet des Kriegswesens und der Rechtsprechung ausgeweitet, die Änderungen berührten aber weder die Autonomie der Kantone, noch den Sprachgebrauch der Eidgenossenschaft. Die föderative Schweiz verwirklichte in der Nachbarschaft der uniformierenden und assimilierende grossen Nationalstaaten die totale nationale Gleichberechtigung der innerhalb ihrer Grenzen lebenden Völker.

Die beiden grossen Nationen Mitteleuropas, die italienische und die deutsche kannten lange Zeit die Nationalitätenfrage nicht. Während die glücklicheren Länder Westeuropas damit beschäftigt waren die Herrschaft der zentralen Regierung über dem historisch ausgestalteten Staatsgebiet zu vervollkommen, kämpften die Italiener und die Deutschen mit den Sorgen der Zergliederung und einer fremden Eroberung. Die Italiener lebten noch Mitte des 19. Jahrhunderts in sechs verschiedenen Staaten, auf einen Teil derer sich noch die Oberherrschaft des Habsburgerreiches erdehnte, auf dem Gebiet Deutschlands aber bestanden innerhalb des losen Rahmens des Bundes achtunddreissig selbständige Staaten, um von der in Frankreich, in der Schweiz und in der Habsburgermonarchie lebenden ansehnlichen deutschen Bevölkerung gar nicht zu sprechen. Die Einheit des Nationalstaates kam erst durch den dynastischen Krieg, mit gewaltiger Verspätung endlich in den Jahren 1870/71 zustande. Obwohl die Italiener

von einer ungünstigeren Position ausgingen, müssen wir behaupten, dass die dortige Gestaltung eine glücklichere war. Das einheitliche Italien umfasste — von der bei Österreich verbliebenen Bevölkerung von einer halben Million abgesehen — das gesamte italienische Ethnikum innerhalb seiner Grenzen, zugleich erstreckte sich diese Einheit auf ausschliesslich italienische Gebiete und die anderssprachige Bevölkerung betrug weniger als ein Prozent der Einwohner. Die deutsche Einheit kam demgegenüber in der kleindeutschen Form zustande, was so viel bedeutete, dass die ein Fünftel des deutschen Ethnikums bildenden Österreicher und Sudetendeutschen ausserhalb der Grenzen blieben (ohne von den schweizer Deutschen zu reden, die sich niemals anschliessen wollten), zum Reich kamen hingegen die Nordschleswiger Dänen, die einen besonderen Fall bildenden Elsässer Deutschen samt den Franzosen, sowie die schon seit längerer Zeit zu Preussen gehörenden Posener, schlesischen und westpreussischen Polen. Der Anteil der Nationalitäten war nicht von grosser Bedeutung, er betrug höchstens sechs bis sieben Prozente der Gesamtbevölkerung. Ohne Berücksichtigung der anderthalb Millionen Elsässer Deutschen waren es immerhin an die drei Millionen, die noch dazu in geschlossenen Blöcken lebten, eine ansehnliche Menge dazu, dass sich der frisch gegründete Nationalstaat neben der Integration der historisch-politischen Einheiten der Sorgen der Nationalitätenpolitik nicht entledigen könne.

Das einheitliche Deutschland löste die nationale Integration mit grosser Umsicht, man könnte sagen, mit einer übermässigen Respektierung der historisch-politischen Einheiten. Das Deutsche Reich wurde gemäss der Verfassung vom Jahr 1871 ein Bundesstaat, die Einheit des Staates symbolisierten jedoch sozusagen nur der Kaiser, der die auswärtigen Angelegenheiten lenkende Reichskanzler und der aufgrund des allgemeinen Wahlrechts gewählte Reichstag. Die Staaten behielten einen Grossteil ihrer Souveränität, so sehr, dass es selbst an der Einheit der Reichsarmee mangelte (indem sie aus den Kontingenten der Heere der vier Königreiche bestand), auch gab es einen Staat der sogar seine auswärtigen Vertretungen aufrechterhielt. Die Reichsverfassung enthielt keinerlei Vorschriften hinsichtlich der Verfassung der einzelnen Länder, so konnte sich die groteske Situation ergeben, dass während der Reichstag aufgrund des allgemeinen Wahlrechtes gewählt wurde, in Mecklenburg aufgrund der aus dem 16. Jahrhundert stammenden Verfassung, nur die Stände wahlberechtigt waren. Die Reichseinheit hatte natürlich Garantien anderer Art, so vor allem das tatsächliche preussische Übergewicht und zahlreiche verfassungsgemässe Garantien, welche die führende Rolle Preussens legalisierten, daher bedeuteten die Lockerheit und Grosszügigkeit der Verfassung für die Einheit keine besondere Gefahr. Die Ersteller der Verfassung erwiesen sich lediglich gegenüber Elsass-Lothringen als engherzig. Die deutsch sprechenden, aber französisch fühlenden Einwohner der beiden zurückgewonnenen Provinzen wurden für unverlässlich betrachtet, daher wurde Elsass — Lothringen als „Reichsland“ bis 1911 direkt aus Berlin regiert.

In der deutschen Nationalitätenpolitik ist hingegen keine Spur einer Grosszügigkeit und Toleranz gegenüber den geschichtlich-politischen Ein-

heiten zu verzeichnen. Das konnte man freilich nicht erwarten, dass der sich auf historischer Grundlage aufbauende Bundesstaat die von Nationalitäten bewohnten Gebiete als politische Einheiten berücksichtige und ihnen eventuell einen autonomen Status zusichere. So viel aber jedenfalls, dass er im Bewusstsein der entscheidenden ziffernmässigen Überlegenheit — vierzig Millionen Deutsche standen drei Millionen Nationalitäten gegenüber — eine entsprechende Gelassenheit bekunde. Nicht das geschah. Der deutsche Nationalstaat machte sich mit einem genau solchen Eifer an die sprachliche Uniformierung heran wie früher der englische und der französische, ja er wollte sogar seine historische Verspätung durch die Ausgewähltheit und Strenge seiner Massnahmen einholen. Der gewaltsamen Germanisierung vermochten nur die Elsässer Franzosen zu entgehen, die ihre Muttersprache sowohl in den Schulen wie auch in der Verwaltung gebrauchen durften, allerdings mussten auch sie verschiedene Schikanen hinnehmen. Der Schleswiger Dänen harrten hingegen böse Tage. Obwohl die Anzahl der Dänen zur Zeit der Reichsgründung nur hundertfünfzigtausend betrug und die Österreichisch-Ungarische-Monarchie der Annullierung jenes Artikels des Prager Friedens zustimmte, der hinsichtlich der Zugehörigkeit Nordschleswigs eine Volksabstimmung vorsah, nahm es sich die preussische Regierung in den Kopf aus diesen Dänen „gute Deutsche“ zu schnitzen. Sie wandte die anderwärts bekannten und wohlbewährten Mittel an: die stufenweise Germanisierung der Verwaltung und Rechtsprechung, in den Schulen das Zurückschränken der dänischen Sprache. Dem letzteren setzte die Sprachverordnung vom Jahr 1888 die Krone auf, in deren Sinn Dänisch als Unterrichtssprache aus den Schulen völlig verbannt wurde. In Posen, in Schlesien und Westpreussen begann man die Nationalitätenpolitik damit, dass die nicht in Preussen zuständigen Polen (die als Arbeitnehmer aus Österreich und Russland gekommen waren), im Jahr 1885 massenweise auswies. 1886 verabschiedete der preussische Landtag das Siedlungsgesetz, in dessen Sinne die Regierung hundert Millionen Mark zwecks Aufkaufes polnischer Gutsbesitze und Ansiedlung deutscher Bauern erhielt. Auf dem Gebiet des Schulwesens wurden ähnliche, einer raschen Germanisierung dienende Gesetze geschaffen: die Lehrer wurden an Stelle der bisherigen Gemeindeaufsicht einer staatlichen Kontrolle unterstellt, der Betrag, der wegen Versäumung des Schulbesuches bemessen werden konnte, wurde beträchtlich erhöht und es wurde eine neue Bezirkseinteilung geschaffen, die den Unterricht in deutscher Sprache begünstigte. Letztere Massnahme verlor jedoch rasch ihre Bedeutung. Genauso wurde 1887 der Unterricht in polnischer Sprache im Verordnungsweg eingestellt und selbst der Unterricht der polnischen Sprache verboten. Aus der Verwaltung und Rechtsprechung wurde Polnisch noch im Laufe des Jahres 1886 verbannt. Die deutsche Schulpolitik brauchte sich mit ihren schonungslosen Methoden auch vor den Franzosen nicht zu schämen, die als erste ähnliche Methoden angewendet haben. Ein Erfolg kann aber hier, im Gegensatz zu Frankreich, nicht verzeichnet werden, indem sich die Anzahl der polnisch Sprechenden nicht verringerte, im Gegenteil ständig zunahm. Der Misserfolg steigerte

nur noch die Ungeduld der Behörden und die Germanisierungspolitik wurde von Jahr zu Jahr strenger.

Im Vergleich mit dem lange Zeit hindurch zergliederten Mitteleuropa erschien der östliche Teil Europas, aus der Vogelperspektive aus betrachtet, als gut geordnet. In dem zwei Drittel der Gesamtfläche von Europa ausmachenden Raum befanden sich drei Reiche: die Habsburger-Monarchie, Russland und die Türkei, dieser Grossmacht-Eintönigkeit verliehen nur die Kleinstaaten auf der Balkan-Halbinsel einige Farbe. Der Eindruck der Ordnung war jedoch sehr trügerisch. Diese Reiche waren nämlich keine homogenen Gebilde, sondern infolge der früheren oder jüngeren Expansion zustandegekommene dynastische, beziehungsweise theokratische Konglomerate. Innerhalb ihrer Grenzen befanden sich einstige selbständige Staaten und Staatenreste, einige von diesen so, dass sie mit ihrem Gebiet zum Aufbau dreier Reiche beitrugen, und diese Staaten bewahrten hartnäckig die Institutionen ihrer einstigen Selbständigkeit, oder zumindest das Bewusstsein ihrer Selbständigkeit. Die ethnische Landkarte dieser Reiche war bunter als irgendeines europäischen Staates: in der Habsburger-Monarchie lebten elf Nationen und Nationalitäten, allein in der europäischen Hälfte Russlands fünfzehn. Im Jahrhundert des Nationalismus wurden diese Ethnika selbst zu Nationen und brachten ihren Anspruch auf Zusammengehörigkeit und Separierung entschieden zum Ausdruck. Ein deutscher Historiker behauptete von der Habsburger-Monarchie mit einiger Übertreibung, dass sie einem multiplizierten Irland gleiche, das gleiche hätte er aber auch von Russland oder der Türkei feststellen können. Auch die Staaten West- und Mitteleuropas waren gezwungen mit den Nationalitäten zu rechnen, das diesen gegenüber ausgestaltete Verhalten ist jedoch nur eine, und nicht die wichtigste Manifestation der Politik. Für die Habsburger-Monarchie und für Russland ergab sich aus der multinationalen Zusammensetzung die Nationalitätenpolitik, und diese war gleichbedeutend mit der eigentlichen Politik.

In der Geschichte der Habsburger-Monarchie tauchten von dem Zeitpunkt an, da die Krone Stephans des Heiligen und Wenzels auf das Haupt Ferdinands I. gelangte, wiederholt die aus der Praxis der absoluten Monarchien Westeuropas wohlbekannten Zentralisierungsversuche auf. Die Kraftanstrengungen zeitigten jedoch nur wenig Erfolg. In einem Reich, in dem sich der Gebietsbestand infolge der dauernden Zunahme und Verminderung ständig änderte, wo der Widerstand der Stände häufig das Niveau eines bewaffneten Aufstandes erreichte und wo das Zentrum immer schwächer war als die Peripherie, waren die Chancen der Dynastie niemals wirklich günstig. Von den vielen früher oder später erworbenen Provinzen gelang es ihr allein Böhmen zu Beginn des 17. Jahrhunderts völlig zu brechen, und charakteristischerweise wurde hundert Jahre später die pragmatische Sanktion nur dadurch rechtskräftig, dass sie die Stände der das Reich bildenden Länder angenommen haben. Auch die Versuche des aufgeklärten Absolutismus waren von nicht mehr Glück begleitet. Die Kraftanstrengungen Maria Theresias und Josephs II. prallten am Widerstand der Stände, vor allem an den der ungarischen Stände zurück. Und als Mitte des

19. Jahrhunderts der Versuch die Reichseinheit zu verwirklichen einen nationalen Inhalt erhielt, war auch der zentralistische Nationalismus gezwungen seine Waffen zu strecken. In einem Reich, wo die österreichisch-deutsche Nation, die kaum zwanzig Prozente der Gesamtbevölkerung betrug, die führende Rolle für sich beanspruchte, konnte die Vorstellung eines germanisierten Gesamtstaates nicht begründet sein. Um so weniger, da diese Nation es niemals entscheiden konnte, ob sie ihre Berufung an Deutschland oder an Österreich tatsächlich bindet. Das Dilemma wurde von der Geschichte aufgelöst, und zwar so, dass Deutschland niemals österreichisch und das Habsburger-Reich niemals deutsch wurde. Die Habsburger-Monarchie wurde unter den im Jahr 1867 gegebenen politischen Verhältnissen und der kräftigsten Nationalbewegung nachgebend in ein doppelzentrisches Reich umgestaltet, und Österreich (genau bezeichnet: die Gemeinschaft der „im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder“) sowie Ungarn erhielten eine innenpolitische Selbständigkeit, die im letzteren Fall durch eine unabhängige Regierung und einen eigenen Parlament zum Ausdruck gelangte. Demgegenüber hatte die Österreichisch-Ungarische Monarchie weder ein zentrales Parlament, noch eine zentrale Regierung, ersteres wurde durch die Delegationen, letztere durch die gemeinsamen Ministerien ersetzt, doch das nationale Interesse setzte sich auch auf Reichsebene häufig durch. Die Zusammengehörigkeit der beiden Landesteile und eine gewisse Einheit des Reiches wurden durch das mit dem Bestand der Monarchie verbundene nationale Interesse (das nicht nur seitens der führenden Nationen in Erscheinung trat), sowie durch die zahlreichen Prärogativen des Herrschers (Ernennung der gemeinsamen Minister ohne Einspruchsrecht des Parlaments, Verfügungsrecht über der gemeinsamen Armee, Recht der Sanktionierung der Gesetze) gewährleistet. Der österreichisch-ungarische Dualismus stimmte mit der Tradition der Habsburger-Monarchie überein, der es – vor allem infolge der kräftigen ungarischen Sonderstellung – stets an einer richtigen Reichseinheit mangelte.

Die neue Einrichtung stimmte wohl mit den Traditionen überein, mit der ethnischen Struktur der Monarchie und mit den übrigen nationalen Vorstellungen jedoch keineswegs. Die voneinander abweichenden Vorstellungen gelangten gleichzeitig mit den Erscheinen der österreichischen und der ungarischen Programme kräftig zum Ausdruck. Das Kremsierer Parlament verabschiedete im Jahr 1849 auf Initiative der Slawen eine Verfassung, die eine Föderalisierung der Monarchie vorsah, die Nationalitäten Ungarns führten 1848–49 einen bewaffneten Kampf gegen die Pester Regierung und formulierten ihre Ansprüche hinsichtlich einer territorialen Autonomie schon vor dem Ausgleich. In Zisleithanien (das war die kurze Bezeichnung für die „im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder“) machten die österreichisch-deutschen Einwohner kaum mehr als ein Drittel der Gesamtbevölkerung aus, in den Ländern der ungarischen Krone blieb der Anteil des Ungartums gut unter fünfzig Prozenten. Die neue Einrichtung musste in beiden Landesteilen mit der ethnischen Struktur und den Wünschen der kräftigen nationalen Bewegungen einigermaßen in Einklang gebracht werden. In Zisleithanien geschah dies in der Weise, dass

man nicht zum Zentralismus zurückkehrte, sondern die historisch-politische Individualität der Länder und Provinzen auch weiterhin anerkannt wurde. Die Autonomie trat besonders darin zutage, dass die Landtage als gesetzgebende Körperschaften des betreffenden Landes funktionierten. Die Selbstbestimmung war jedoch sehr eingeschränkt. Die Gesetzgebung konnte nur innerhalb des vom Reichsrat bestimmten Rahmen erfolgen, neben den Reichsrat wurde das Vertretungsorgan der einzelnen Länder, der Bundesrat nicht errichtet, an der Spitze der Länder stand der vom Herrscher ernannte Statthalter und die Provinzialvertretungen erhielten in der Regierung – mit Ausnahme Galiziens – keinen Platz. Die beschränkte Autonomie hatte überdies kaum eine nationale Färbung: in Wien verschloss man sich immer davor, dass die Tschechen, und später die Südslawen einen ähnlichen Status erhalten wie die Ungarn, oder auch dass die Grenzen der Kronländer im nationalen Sinn berichtigt werden. In Österreich wies auch nicht die Einrichtung, welche die Elemente der alten Sonderstellung der Länder wahrte und an die moderne föderative Struktur nur sehr wenig erinnerte, darauf hin, dass die multinationale Zusammensetzung des Landes berücksichtigt wurde, sondern die mit den Nationen und Nationalitäten verbundene Gesetzgebung. Das Grundgesetz vom Jahr 1867 erklärte, dass sämtliche Volksstämme des Landes gleichberechtigt sind und die Erhaltung und Pflege seiner Nationalität ein unveräußerliches Recht jedes Volksstammes ist. Das Grundgesetz anerkannte die Gleichberechtigung der im Lande gebräuchlichen Sprachen auf dem Gebiet der Schule, der Ämter und des öffentlichen Lebens, und gewährleistete auch in den Gebieten mit gemischter Bevölkerung den Schulunterricht in der Muttersprache. Die praktische Anwendung dieser Grundsätze war freilich keine leichte Sache. Obwohl die Verfassung ein mehrsprachiges Regierungssystem nach schweizerischem Muster nicht ausschloss, blieb die Sprache der Wiener Ministerien und des Reichsrats Deutsch, und eine Aenderung auf dieser Ebene hatte praktisch keine Chance. Auch um den Sprachgebrauch der Länder entstanden solche Meinungsverschiedenheiten, in deren Folge der Reichsrat Ende des Jahrhunderts funktionsunfähig wurde. Gleichzeitig damit wurden die Hindernisse des freien Sprachgebrauchs auf Landesebene stufenweise überwunden, die Verwaltung und das Gericht respektierten die Sprache der Mehrheit und die Verhältniszahl des Grundschulunterrichtes in der Muttersprache stimmte im grossen und ganzen mit dem Landesprozentsatz der Nationalitäten überein.

Die Nationalitätenpolitik in Ungarn richtete sich demgegenüber nicht nach dem österreichischen Pseudoföderalismus, sondern macht verschiedene Zentralisierungsvorstellungen geltend. Die Regierung liquidierte gleichzeitig mit dem Ausgleich die älteren und jüngeren Autonomien, die siebenbürgische und sächsische Sonderstellung genauso wie die serbische Autonomie in der Wojwodei, der Landtag aber liess die Bestrebungen der Abgeordneten der Nationalitäten hinsichtlich einer föderativen Umgestaltung des Landes, beziehungsweise der Schaffung von Nationalitätskomiteen nicht zu. Von der strengen Zentralisierung nahm man nur im Falle Kroatiens Abstand. Im Sinne des kroatisch-ungarischen Ausgleichs vom

Jahr 1868 erlangte Kroatien eine innenpolitische Selbständigkeit: seine Gesetze wurden vom Agramer Sabor geschaffen, die Vollzugsmacht aber übte die autonome Regierung aus. Der Sabor entsandte Abgeordnete in den Pester Reichstag, die dort in ihrer Muttersprache das Wort ergreifen konnten, in der ungarischen Regierung aber nahm ein kroatischer Minister ohne Portefeuille Platz. Die auf eine territoriale Autonomie ausgerichtete Forderung der Nationalitäten lehnte der Reichstag aufgrund der Überlegung ab, dass in Ungarn nur eine politische Nation besteht, die ungarische, und eine Zergliederung des Landesterritoriums auf Autonomien — abgesehen von Kroatien — unvereinbar sei. Die Theorie einer einzigen politischen Nation wies die kollektive politische Individualität der Nationalitäten ab, schloss aber deren sprachlich-kulturelle Individualität nicht aus, um so weniger, da jeder Einwohner des Landes, ungeachtet seiner nationalen Zugehörigkeit, als gleichberechtigter Staatsbürger betrachtet wurde. Der Reichstag meinte der multinationalen Beschaffenheit Ungarns in der Weise Rechnung zu tragen, dass er die Gleichberechtigung der Nationalitäten gesetzlich verankerte. Der diesbezügliche Gesetzartikel 44 vom Jahr 1868 regelte den Sprachgebrauch mit einer sich über den Zeitgeist erhebenden liberalen Grosszügigkeit. Er behielt allerdings die ungarische Staatssprache bei, beschränkte jedoch deren ausschliesslichen Gebrauch auf die Regierungs- und Gesetzgebungsebene, (wobei er auch hier die Übersetzung der Gesetze anordnete), schrieb jedoch in den Komitaten und Munizipien neben der ungarischen den Gebrauch jeder Sprache vor, die von einem Fünftel der Abgeordneten angefordert wurde. Die Komitats- und Munizipalbeamten waren verpflichtet mit den Gemeinden und Privatpersonen in deren Muttersprache zu verkehren, die Gemeinden aber gebrauchten ihre eigene Sprache. Auch den Gerichten wurde die Mehrsprachigkeit vorgeschrieben. Das Gesetz gewährleistete auf dem Gebiete des Schulwesens den Unterricht in der Muttersprache, teils dadurch, dass es im Falle einer Gründung seitens der Gemeinden oder der Kirchen die Wahl der Unterrichtssprache den Gründern überliess, teils dass es den Staat verpflichtete in den Nationalitätsgegenden für den Unterricht in der Muttersprache zu sorgen. Die Kirchen erhielten in ihren inneren Angelegenheiten eine umfangreiche Rechtsbefugnis, ebenso auch auf dem Gebiete des Schulwesens, die rumänische und die serbische griechisch-orthodoxe Kirche aber erhielt eine durch einen besonderen Gesetzartikel gesicherte Autonomie. Das Nationalitätengesetz befriedigte freilich die eine territoriale Autonomie fordernden Politiker der Nationalitäten nicht, doch war es eine günstige Grundlage dafür, dass sich die sprachliche Gleichberechtigung auf sämtlichen Gebieten des öffentlichen Lebens durchsetze. Das Problem ergab sich dadurch, dass die ungarische Nationalitätenpolitik, im Gegensatz zur österreichischen, im weiteren das Niveau von 1868 nicht nur nicht überschritt, sondern auch die Vorschriften des Nationalitätengesetzes nicht auf jedem Gebiet restlos befolgte.

Das zaristische Russland war von der Mitte des 17. Jahrhunderts an die dynamischeste und — sofern die Eroberung der Masstab für den Machtrang ist — zugleich die erfolgreichste Grossmacht Europas. Während die

Länder des Kontinents um Provinzen von ein paartausend Quadratkilometern blutige Kämpfe austrugen, hat der Zarismus allein am westlichen Rand des Reiches seine Oberhoheit über ein so grosses Gebiet ausgedehnt, wie Deutschland, Frankreich und Spanien insgesamt. Mitte des 17. Jahrhunderts hat Russland die Ukraine erworben, — der euphemistischen Geschichtsschreibung gemäss befreit — zu Beginn des 18. Jahrhunderts Estland und Lettland, Ende des 18. beziehungsweise Anfang des 19. Jahrhunderts Weissrussland, Litauen und den grössten Teil von Polen, Anfang des 19. Jahrhunderts hingegen Bessarabien und Finnland. Russland war schon seit Peter des Grossen, also schon vor Beginn der grossen Eroberungen ein streng zentralisierter Staat: das Land wurde von Moskau, später von Petersburg aus gelenkt, und in dem in Gouvernements gegliederten Staat wurden selbst die Reste einer lokalen Autonomie liquidiert. Die zu Russland geschalteten Länder waren, mit Ausnahme der Ukraine, die schon unter Peter bloss Kiewer Gouvernement war, Jahrzehnte, fallweise ein ganzes Jahrhundert hindurch von dieser starren Zentralisierung befreit. Estland, Lettland und die anderen behielten ihre ständische Verfassung bei, diese Länder wurden aufgrund der lokalen Traditionen und Bräuche regiert, und Polen blieb auch nach dem Wiener Kongress ein Königreich, das nur durch die Gemeinsamkeit des Herrschers an Russland gebunden war. Die territoriale Autonomie konnte jedoch in einem System des Despotismus nicht endgültig sein, das keinerlei Körperschaftsautonomie anerkannte und allein von ihr selbst geschaffene und von oben gelenkte Organisationen tolerierte. Die Sonderstellung wurde je nach Kraft und Widerstand des betreffenden Territoriums stufenweise liquidiert, so bestand beispielsweise die Autonomie Bessarabiens insgesamt anderthalb Jahrzehnte lang, und die Länder des westlichen Grenzgebietes wurden schon zur Zeit Nikolaus I. also in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, auf das Niveau der vom Zentrum aus gelenkten Gouvernements herabgesetzt. Der Despotismus konnte sich aber mit dieser an sich vollkommenen Zentralisation doch nicht zufrieden geben. Der Zar und seine Ratgeber mussten erfahren, dass das hinsichtlich Verwaltung uniformierte Reich doch nicht einheitlich ist, indem die eingeschmolzenen Länder und Provinzen ihre eigene Sprache gebrauchen, und der Protest gegen die Zentralisierung nicht nur ein veralteter ständischer Widerstand ist, sondern eine Auflehnung der zum sprachlichen und politischen Selbstbewusstsein erwachten Nationen. Über die Nationalitätsverhältnisse Russlands um die Mitte des vorigen Jahrhunderts vermochten sich freilich der Zar und seine Ratgeber kaum ein genaues Bild zu gestalten und diese Verhältnisse kann auch die Geschichtsschreibung nur durch Reprojektierung der späteren Daten annähernd schätzen. Auf dem Gebiete Russlands fand erstmals in der sowjetischen Ära, im Jahre 1926 eine solche Volkszählung statt, wo nach allen Sprachen und Nationalitäten gefragt wurde, zur Zarenzeit rechnete man die Ukrainer und Weissrussen zu den Russen. Den Daten gemäss betrug damals die russische Bevölkerung siebenundfünfzig Prozente der Gesamtbewohnerschaft. Nach der Berechnung eines deutschen Statistikers bedeuteten diese im Jahr 1897 auf das Staatsgebiet vom Jahr 1917 projiziert zweiundfünfzig Prozente. Die Pro-

portionen sind auf das gesamte zaristische Russland bezogen um vieles ungünstiger, lebten doch in Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen und Bessarabien, die 1917 abgetrennt wurden, nahezu dreissig Millionen Menschen, und auch mehrere Millionen Ukrajner und Weissrussen gerieten zu den unabhängig gewordenen Staaten. Ohne das Risiko eines grösseren Irrtums darf man daher annehmen, dass um 1870 der Anzahl der russischen Bevölkerung in zaristischen Russland weit unter fünfzig Prozenten lag. Wenn auch Nikolaus I. und Alexander II. dies alles nicht erfassen konnten, das konnten sie erwägen, dass die fremden Nationalitäten viel zu zahlreich sind und von einem einheitlichen Reich russischen Charakters nicht gesprochen werden kann. Nachdem die Sorgen des Reiches den nationalen Bewegungen, im polnischen Fall den bis zum bewaffneten Aufstand gesteigerten nationalen Bewegungen entsprangen, und erfahrungsgemäss sich jene auflehnten, die anderssprachig waren, konnte die Konklusion nur die sein, dass Russland, nachdem es politisch bereits vereinheitlicht wurde, auch in sprachlicher Hinsicht uniformiert werde.

Die Russifizierungspolitik hatte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zwei grosse Perioden zu verzeichnen. Die erste erfolgte nach dem polnischen Aufstand vom Jahre 1863, als die durch den Aufstand verursachte Erschütterung zum Handeln nötigte, zur zweiten kam es zu Beginn der Achtzigerjahre, da die ideologischen Überlegungen im Vordergrund standen. In der ersten Periode, die mit dem Namen des Zaren Alexander II. verbunden ist, wurde namentlich auf Polen und auf die gefährdeten Gebiete, wie die Ukraine, Weissrussland und Litauen ein Druck ausgeübt, während sich die Russifizierung unter Alexander III. auf sämtliche Nationalitätsgebiete erstreckte. Die Methoden waren die jeweiligen Methoden der Nationalitätenpolitik, die in Russland durch die Eigenarten des orientalischen Despotismus gefärbt waren. Vor allem wollte man den russischen Charakter des Staates betonen und im Interesse dessen wurde in der Verwaltung und Rechtsprechung die Ausschliesslichkeit der Staatssprache am Verordnungswege gesichert. Das richtige Terrain der sprachlichen Russifizierung war das Schulwesen: hier wurde von 1863 an der Reiche nach der Unterricht in polnischer, ukrainischer, weissrussischer und litauischer Sprache verboten und die Strenge wurde so weit gesteigert, dass selbst der Religionsunterricht nur in russischer Sprache erfolgen durfte. Auf diesem Gebiet war nicht die Praxis an sich eigenartig, handelten doch zuerst die Franzosen und später die Deutschen in der gleichen Weise, sondern die Begründung: dass es nämlich kein polnisches Volk, sondern nur einen Adel und die Geistlichkeit gäbe und dass keine selbständige ukrainische und weissrussische Sprache existiere, da beide nur unentwickelte und daher einer Entwicklung bedürftige Zweige der russischen Sprache sind. Das ist schon eine russische methodische Eigenart, dass auch der Druck ukrainischer und weissrussischer Bücher verboten wurde und dass es unter Strafe untersagt war sich in den Schulen und Bahnhöfen der Muttersprache zu bedienen. Gewaltsame Glaubensbekehrungen, Verfolgung der Griechisch-Katholischen kamen genauso vor wie gewaltsame An- und Aussiedlungen sowie die Verbannung der sich Widersetzenden oder Verwährenden nach

Sibirien. Unter Alexander III. wurde in sämtlichen Schulen und Schularthen des Reiches die einzig zugelassene Unterrichtssprache Russisch, diese Massnahmen erstreckten sich auch auf Finnland, das seine Sonderstellung am längsten bewahren konnte. Der schonungslose Charakter der russischen Nationalitätenpolitik wurde durch die gegenüber den Juden angewandten Diskriminierungsmassnahmen und die ihnen gegenüber mit Zustimmung der Regierung verübten Atrozitäten nur noch unterstrichen.

Das seit 1859 autonome, dann seit 1878 unabhängige Rumänien richtete sich in dieser Hinsicht nach dem russischen Muster. Die Verfassung vom Jahre 1866 anerkannte nur die Christen als gleichrangig und schloss die aus der Ukraine eingewanderte zahlreiche jüdische Bevölkerung von der Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte aus. Nachdem der Berliner Kongress die Anerkennung der rumänischen Unabhängigkeit von einer Verfassungsrevision abhängig machte, erfolgte im Jahr 1879 eine Modifizierung, doch an der ungleichen Lage der Juden änderte sich praktisch nichts. Zur Erlangung der Staatsbürgerschaft war ein zehnjähriger Aufenthalt in Rumänien nötig und die Behörden errechneten diese zehn Jahre so, dass um die Jahrhundertwende die vierhunderttausend Juden noch immer als Ausländer betrachtet wurden. Demzufolge verfügten sie auch weiterhin über keine politischen Rechte, sie durften keinen Bodenbesitz erwerben, ja sogar auch keinen Hausiererhandel betreiben. Der künstlich geschürte Antisemitismus gestaltete die Lage der jüdischen Bevölkerung in Stadt und Land noch unerträglicher. Im Vergleich damit kann das den Ungarn in der Moldau zugefügte Unrecht nur noch als üblich europäisch bezeichnet werden. Das mehr als hunderttausend Kopf zählende „Csángó“-Ungartum konnte in den Schulen nicht in seiner Muttersprache lernen, da die Unterrichtssprache Rumänisch war, und konnten auch an ihrem katholischen Glauben gegenüber der immer wieder in Erscheinung tretenden gewaltsamen griechisch-orthodoxen Bekehrungen nur schwer festhalten.

Die Verhältnisse im Osmanischen Reich glichen kaum den bekannten und üblichen europäischen. Dieses Reich war anders in 16. Jahrhundert, zur Zeit Suleimans des Grossen, da es sich auf drei Kontinente erstreckte und in Europa den Balkan, den grössten Teil Ungarns sowie die Nordküste des Schwarzen Meeres umfasste, und auch im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, als sich seine Oberhoheit in Europa nur auf einen kleinen Teil der Balkan-Halbinsel beschränkte. Die die Eroberung gewerbsmässig betreibende Grossmacht teilte die Oberhoheit der Gebiete je nach dem in einverlebte Wilajets, beziehungsweise steuerzahlende Vasallenprovinzen auf, wie sich die Verwaltungskosten günstiger rentierten und wie die Staatskasse besser aufgefüllt werden konnte. Auch das System des militärischen Feudalismus, das sich anhand der Eroberungen entwickelt hat, unterschied sich vom europäischen erblichen Leibeigentum. Die besonders kennzeichnende und von der europäischen völlig abweichende Beschaffenheit des Osmanischen Reiches entsprang seiner theokratischen Einrichtung. Dies letztere hiess, dass der Sultan in einer Person Oberhaupt des Staates und der Kirche war und dass sich das öffentliche Leben sowie das Alltagsleben nach der im Koran niedergelegten Lehre des Propheten rich-

teten. Die Bewohner des Reiches verteilten sich auf Mohammedaner und Andersgläubige, nach dem Koran auf Rechtgläubige und Ungläubige und diese Trennung bestimmte auch ihre Rechts- und Untertanenlage. Es war dies eine religiöse Unterscheidung, da die mohammedanische Auffassung die Kategorie der Nation Ende des 19. Jahrhunderts noch so sehr nicht kannte, dass auch eine türkische Nation als solche nicht bestanden hat. Da aber die Christen (die Mehrheit der Andersgläubigen) nicht nur in religiöser Hinsicht anders waren wie die Mohammedaner, sondern auch in Sprache, Kultur und Brauchtum, erhielt diese Unterscheidung in 19. Jahrhundert auch einen nationalen Inhalt. Der Koran und die mohammedanische Praxis waren gegenüber den Andersgläubigen in gewisser Hinsicht tolerant. Die Bevölkerung der eroberten Länder durften ihr Vermögen, ihre Bräuche und Religion beibehalten, in der Ausübung der letzteren wurden sie nicht behindert, und die Toleranz hatte ein solches Ausmass, dass sogar die im Laufe der Inquisition aus Spanien vertriebenen Juden Aufnahme fanden. Die sprachliche Assimilation, dieses in der frühen Neuzeit aufgetauchte Phänomen europäischen Gepräges, war und blieb unbekannt. Die Toleranz stellte jedoch nicht irgendein europäisches Aufklärungsphänomen dar, sondern die Manifestation einer sich verschliessenden religiösen Gemeinschaft, die gerade durch Kenntnisnahme der Andersartigkeit eine Integrierung in die mohammedanische Gesellschaft verhinderte. Weil der Koran den Mohammedanern Vorteile eingeräumt hat, die Andersgläubigen hingegen in eine nachteilige Lage drängte. Die Ungläubigen durften keinerlei Amt bekleiden, keine Soldaten werden und nicht zu den Waffen greifen, sie wurden im Vermögenserwerb beschränkt, mussten eine Sondersteuer entrichten und waren vor dem Gesetz nicht gleichberechtigt mit den Mohammedanern. Im alltäglichen Leben trat diese Unterscheidung in so grotesker Form in Erscheinung, dass die Christen keine so prächtigen Kleider tragen durften wie die Mohammedaner, auf den Strassen den Mohammedanern ausweichen mussten, und wenn sie sassen, hatten sie sofort aufzustehen, sobald sich ein Mohammedaner näherte. An der ungleichen Lage der Christen änderte auch die Reformpolitik namens Tanzimat nichts. Dass die mohammedanische Politik ihren ursprünglichen asiatisch-despotischen Charakter auch am Ende des 19. Jahrhunderts bewahrte, beweisen am besten die bulgarischen Greuel und die armenischen Massaker, da die Mohammedaner Zehntausende von Männern, Frauen und Kindern ungestraft niedermetzeln durften.

*

Die europäische Nationalitätenpolitik des vorigen Jahrhunderts bewegte sich — wie das aus den obigen Darstellungen hervorgeht — auf einer ziemlich breiten Skale, und in ihrem Mittelarsenal kamen vom Entzug der staatsbürgerlichen Rechte bis zur umfassenden Autonomie Variationen aller Art vor. Die zeitgenössische, kritisch inspirierte politische Publizistik empfand diese Unterschiede kaum. Die undifferenzierte Aussassung war namentlich für die sich mit der ungarischen Nationalitätenpolitik befassen-

den Schriften kennzeichnend. Aurel Popovici schrieb, dass es in ganz Europa — mit Ausnahme Russlands — nicht noch ein Land gäbe, wo die rasche Tyrannei solche Orgien feiern würde wie Ungarn. Der Träumer der „Vereinigten Staaten von Groß-Österreich“, den der Dualismus zur Ungarnfeindlichkeit bewegte, stand mit seiner extremen Meinung nicht allein da. Aus anderen Gründen war auch die Meinung des Franzosen Louis Eisenmann, des Engländers Henry Wickham-Steed und des Schotten Robert Seton-Watson eine ähnliche. Ihr Urteil wurde von aussenpolitischen Bedürfnissen inspiriert. So lange die Monarchie in der britischen Gleichgewichtspolitik eine Rolle spielte, war Ungarn für sie ein mustergültiger konstitutioneller Staat, als jedoch in London die traditionelle aussenpolitische Doktrin infolge der Germanophobie einer Revision unterzogen wurde, sankte Ungarn auch vor ihnen mit einem Schlag zur Inkarnation der Unterdrückung der Nationalitäten. Die Nationalitätspolitik, wie Beneš, die sich schon im ersten Jahrzehnt des zwanzigsten Jahrhunderts in Richtung eines selbständigen Staatswesens orientierten, malten natürlich die Unterdrückung der Nationalitäten in Ungarn (und in Österreich) mit noch dunkleren Farben, leiteten sie doch die Daseinsberechtigung ihrer Bestrebungen von dieser Unterdrückung ab. Inmitten des Kampfes für die ungarische Demokratie geizten auch die bürgerlich-Radikalen mit ihrem extremen Urteil nicht. Oszkár Jászi setzte ein Gleichheitszeichen zwischen die russische, die deutsche, die englische (vor der Reform) und die ungarische Nationalitätenpolitik.

Ein derartiger Vergleich kann gegenüber der Kritik von Tatsachen und Daten wohl kaum bestehen. Wie hätte auch die englische und die ungarische Nationalitätenpolitik identisch sein können, wo doch in Irland vierzehn Prozente der Bevölkerung ihre Muttersprache sprachen, in Ungarn hingegen zwölf Prozente der Nationalitäten Ungarisch konnten. Oder die deutsche und die ungarische, wo der Unterricht in der Muttersprache in einem Land im Verordnungswege verboten, in anderen hingegen gesetzlich gesichert wurde. Und auch das ist nicht gleichgültig, dass in Ungarn die wegen Pressvergehen bemessene Strafe von einigen Monaten in dem mit dem Hausarrest identischen Staatsgefängnis abgebußt werden musste, aus dem der Verurteilte, wie Ioan Slavici, aus familiären Gründen auch auf Urlaub gehen konnte, demgegenüber man in Russland wegen nationaler Aufwiegelung mit einer langjährigen Verbannung nach Sibirien rechnen musste. Der zeitgenössischen politischen Publizistik als Diagnose der Nationalitätenpolitik würde es sich nicht lohnen besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden, war sie doch ihrer Natur und Berufung nach übertrieben und voreingenommen, hätte diese Publizistik mit ihren Angaben, Behauptungen und ihrer Auffassung die spätere Geschichtsschreibung nicht orientiert, und würde sie auch die heutige nicht orientieren. Aus jeder ausländischen Arbeit, die der Leser in die Hand nimmt, scheint uns aus jeder Seton-Watson und Aurel Popovici entgegenzuschauen. Maurice Baumont schrieb in seiner noch in den Dreissigerjahren verfassten aber auch heute noch meistgelesenen weltgeschichtlichen Zusammenfassung, dass die Regierung jeden Bewohner des Karpatenbeckens magyarisieren wollte und Kálmán

Tisza, dieser brutale ungarische Junker, die Nationalitäten durch eine Kombination von Schlaueit und Gewalt assimilieren wollte. Nach Robert A. Kann war das Los der nichtungarischen Bevölkerung soziale und nationale Diskriminierung, und dass die ungarischen Arbeiter und Bauern aus der Unterdrückung anderer Völker genauso einen Nutzen gezogen haben wie die englischen Arbeiter aus der Ausbeutung der Völker in den Kolonien profitiert haben. Stefan Pascu gebraucht auf jeder Seite einer seiner Studien im Zusammenhang mit Siebenbürgen den Ausdruck Entnationalisierung, und nimmt keine Kenntnis davon, dass die rumänische Bevölkerung Siebenbürgens allein in den Jahren 1880–1910 um eine halbe Million zugenommen hat, und dass von dieser Bevölkerung auch im Jahre 1910 nur zwölf Prozente Ungarisch sprachen. In seinem jüngst erschienen Buch behauptet er, dass die Nationalitäten in Ungarn nicht in ihrer Muttersprache lernen konnten, obwohl er sicherlich weiss, dass in Ungarn im Jahre 1880 zweihunderttausend Kinder die Schulen mit rumänischer Muttersprache besuchten, und vielleicht auch das, dass im königlichen Rumänien, wo dreimal so viel Rumänen lebten, es insgesamt nur hundertzwanzigtausend waren. Mit seiner Behauptung, wonach das Pressegesetz jedwede freie Meinungsäusserung verhindert hat, weiss der Leser überhaupt nichts anzufangen, wurde er doch auf der vorhergehenden Seite gerade darüber unterrichtet, dass die im Jahr 1884 gegründete „Tribuna“ mutig und tapfer die rumänische Sache vertrat, Freilich, wenn die politische Publizistik zu Beginn des Jahrhunderts auch die Geschichtsschreibung mit ihren Extremen orientierte, hatte auch letztere das gute Recht ihr gegenüber einen ähnlichen Ton anzuschlagen. Die Franzosen beruhigten ihr schlechtes Gewissen wegen Trianon damit, dass sie von einer brutalen Assimilierung sprachen, bei den Rumänen aber war die angenommene Entnationalisierung Rechtstitel und Rechtfertigung ihrer Nationalitätspolitik in Siebenbürgen, und ist es auch heute noch. Die nach Objektivität trachtende vergleichende Geschichtsschreibung kann sie zur Typologisierung der Nationalitätenpolitik genausowenig gebrauchen wie die eingestandenermassen voreingenommene Publizistik der Jahrhundertwende.

Die Nationalitätenpolitik des vorigen Jahrhunderts wies in den einzelnen Ländern viele gemeinsame Züge auf, sie war aber auch reich an spezifischen Eigenarten. Die vergleichende Geschichtsschreibung darf sich, wenn sie die verschiedenen Manifestationen in irgendeinem System zusammenfassen will, mit einer Darstellung der Nationalitätenpolitik in den einzelnen Ländern nicht begnügen, sie muss vielmehr versuchen auch mit irgendwelcher Typologie zu experimentieren. Zur Systematisierung bieten sich verschiedene Gesichtspunkte an. Es scheint auf der Hand zu liegen gleich der bei der Typologisierung des Nationalismus angewandten Methode folgend von den Manifestationen des Nationalstaates, oder der Vertreter der in herrschender Position befindlichen Nation auszugehen und das vor Augen zu halten, was die Obigen als Charakter und Zweck der Nationalitätenpolitik in der Presse, der Publizistik und in Parlament bezeichnet haben. Diese Methode ist in der Literatur nicht unbekannt, die zeitgenössische Nationalitätenpublizistik und spätere, national inspirierte

Geschichtsschreibung urteilten und qualifizierten auf dieser Grundlage. Dieses Verfahren hatte aber- und hätte auch heute noch – die Schwäche, dass es nicht den Zustand, sondern die Zielsetzungen kategorisieren würde, weil dieser extremen Manifestationen zumeist nur Wünsche blieben. Für viel praktischer scheint es sich an die gesetzliche Regelung zu halten und die Gruppierung aufgrund der mit der Nationalitätenpolitik zusammenhängenden Gesetze und Verordnungen durchzuführen. In der juristischen und rechtshistorischen Literatur sind solche Lösungen reichlich vorzufinden. Ihre Anwendung ist deshalb nicht ganz zweckentsprechend, weil es in der Nationalitätenpolitik vielerorts an einer rechtlichen Regelung mangelte, anderwärts aber zeigten sich in der Durchführung und Anwendung der Gesetze und Verordnungen Probleme. Schliesslich könnte bei Klassifizierung der Nationalitätenpolitik auch die Folge, die Verbreitung der Zweisprachigkeit und der Assimilationsgrad ein Gesichtspunkt sein, dagegen spricht jedoch der Umstand, dass in beiden auch spontane gesellschaftliche Prozesse mitgespielt haben. Sämtliche mögliche Kategorisierungen weisen den gemeinsamen Mangel auf, dass keine die staatliche Determination entsprechend vor Augen hält. Das Wesentliche der Nationalitätenpolitik ist aber, dass der Nationalstaat oder die in herrschender Position befindliche Nation gegenüber gewissen Gruppen der Bevölkerung, die an ihrer nationalen Identität festhalten, besondere Verfahren anwenden. Das besondere Verfahren heisst, dass der Staat jene Möglichkeiten, über die der andere Teil der Bevölkerung selbstverständlich verfügt, in verschiedenen Abstufungen entzieht oder gewährt. Eine zweckmässige Grundlage für die Klassifizierung der Nationalitätenpolitik kann daher die Stufenmässigkeit sein, die im Entzug, beziehungsweise Gewährung zu verzeichnen ist.

Das Kriterium der stufenmässigkeit vor Augen haltend können wir zuerst oder auf niedrigster Stufe von der *diskriminaten*, der nachteilig differenzierenden Nationalitätenpolitik sprechen. In diesem Fall wird eine bestimmte Person, beziehungsweise eine gewisse Gruppe der Bevölkerung, unter dem Titel, dass sie einer anderen Nationalität beziehungsweise Religion angehört, von der Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte ausgeschlossen, und ihr Vorwärtskommen auf sämtlichen Gebieten des alltäglichen Lebens verhindert. Beispiele für die nachteilige Differenzierung in der Nationalitätenpolitik sind das Verhalten der Engländer gegenüber den katholischen Iren, der Russen und Rumänen gegenüber den Juden, sowie der Türken den Christen gegenüber. Die zweite Stufe ist die *restriktive* oder beschränkende Nationalitätenpolitik. Das Objekt der Beschränkung ist das wichtigste menschliche Kommunikationsmittel, die Muttersprache. Der Schulunterricht in der Muttersprache wird im Verordnungswege verboten, in der Verwaltung und in der Rechtsprechung wird der Gebrauch der Staatssprache obligat, gegen den öffentlichen Gebrauch der Muttersprache werden Sanktionen gebracht und wenn sie diese Beschränkungen überhaupt überlebt, wird die Muttersprache auch aus der Sphäre des Privatlebens verbannt. Eine beschränkende Nationalitätenpolitik, man könnte sagen, eine sprachliche Inquisition setzte sich in England den Iren, in Frankreich den Bretonen, in Deutschland den Dänen und Polen, in Russ-

land aber sämtlichen Nationen gegenüber durch. Im Falle einer selbst die Muttersprache nicht duldenden restriktiven Nationalitätenpolitik konnte natürlich vom Ausüben anderer Rechte der Nationalitäten keine Rede sein. Der dritte Typ der Nationalitätenpolitik ist — auf den Stufen aufwärts schreitend, die *konzessive*, auch zulassende oder anerkennende Nationalitätenpolitik. Die Nachsichtigkeit richtet sich vor allem darauf, was die restriktive Nationalitätenpolitik verbietet: auf den Gebrauch der Muttersprache. Die Verfassung, das Gesetz oder eine Verordnung schreibt den Schulunterricht in der Muttersprache vor und dieser Verfügung wird mehr oder minder Geltung verschafft, das gleiche gilt auch für das Recht des Gebrauches der Muttersprache in den verschiedenen Foren des öffentlichen Lebens. Letzteres erdehnt sich vom Sprachgebrauch auf Gemeindeebene bis zur Zweisprachigkeit der Gesetzgebung. Die Normen der konzessiven Nationalitätenpolitik kamen mit graduellen Unterschieden in Österreich und Belgien, sowie mit gewissen Einschränkungen in Ungarn zur Geltung. Die Nachgiebigkeit tritt nicht allein auf dem Gebiete des Sprachgebrauchs in Erscheinung, sondern erdehnt sich — ebenfalls mit gewissen Abweichungen — auch auf die Anerkennung des kulturellen und politischen Organisationsrechtes der Nationalitäten. Schliesslich ist der vierte und zugleich höchste Typus die *distributive* oder teilende Nationalitätenpolitik. In diesem Falle teilt sich die in führender Position befindliche Nation an dem wichtigsten Attribut der Staatlichkeit, der Souveränität und anerkennt auch die territoriale-politische Sonderstellung einer anderen Nation, beziehungsweise Nationalität. Dies geschah bei der Kenntnisnahme der geschichtlich-politischen Individualität der österreichischen Kronländer, bei dem die kroatische Sonderstellung gewährleistenden kroatisch-ungarischen Ausgleich, im Falle des eine völlige innenpolitische Selbständigkeit garantierenden schwedisch-norwegischen und des österreichisch-ungarischen Dualismus, und schliesslich in besonders totaler Form beim Zustandekommen der schweizerischen Föderation, die auf der Gleichberechtigung der Schweizer Kantone beruht. Die Teilung der Souveränität war natürlich damit verbunden, dass die Nation oder Nationalität, welche die verschiedenen Stufen der territorialen Sonderstellung erlangt hat, auch im Besitz sämtlicher möglichen Begünstigungen der konzessiven Nationalitätenpolitik war. Das Recht der Lostrennung und der selbständigen Staatsbildung anerkannte hingegen die distributive Nationalitätenpolitik selbst im Falle der die meisten Vorteile bietenden Schweiz nicht.

Die obigen Kategorien sind Abstraktionen und wollen die verschiedenen Typen der Nationalitätenpolitik durch Hervorhebung der wesentlichsten Merkmale, jedoch von der Wirklichkeit einigermaßen abstrahiert veranschaulichen. Die bei den Bezeichnungen gebrauchten Attribute sind willkürlich und sind vielleicht auch nicht ausdrucksvoll genug. Es erscheint daher für zweckdienlich neben den Attributen alternativ auch den Namen jenes Landes anzuführen, das den besprochenen Typ in möglichst vollständiger Form repräsentierte. In diesem Sinne könnte man von einer Nationalitätenpolitik diskriminativen oder türkischen, restriktiven oder französischen, konzessiven oder belgischen und distributiven oder schwei-

zerischen Typs sprechen. Die Ergänzung ist auch deshalb gerechtfertigt, weil das betreffende Land in der gegebenen Kategorie ein Maximum geboten hat: die Türken in der nachteiligen Differenzierung, die Franzosen in der sprachlichen Beschränkung, die Belgier in der sprachlichen Konzession und die Schweizer in der Teilung der Souveränität. Der attributive Gebrauch eines anderen Landesnamens ist hingegen nicht begründet, weil jedes einem Typ nahekam, jedoch realisierte keines irgendeinen Typ. Teils weil die verschiedenen Typusmerkmale gemeinsam vorkamen, wie in Ungarn der konzessive und der distributive Typ, teils weil die einzelnen Typen nur teilweise angewendet wurden, wie in der Monarchie, wo man nur den Ungarn gegenüber distributiv war, und auch darum nicht, weil man stellenweise vom Maximum weit zurückblieb. Der Unterschied zwischen der ungarischen und der belgischen konzessiven Politik ist ziemlich offensichtlich und auch die österreichische distributive Politik kann man nur schwer zugleich mit der schweizerischen erwähnen. Wenn wir diese Länder dennoch in Typen einreihen wollen, so können wir das nur aufgrund der dominanten Merkmale tun. Auf dieser Grundlage war die rumänische Nationalitätenpolitik von diskriminativen, türkischen Typ, von restriktiven, französischen Typ waren die englische, die russische, die spanische und die deutsche, vom konzessiven, belgischen Typ war die österreichische Nationalitätenpolitik und die dieser ähnliche ungarische und schliesslich vom distributiven, schweizerischen Typ war die schwedische Nationalitätenpolitik.

Das Wesen der Nationalitätenpolitik haben wir oben in dem besonderen Vorgehen gegenüber einem Teil der Bevölkerung, gegenüber jenem Teil, der sich zu seiner eigenen Sprache, seiner religiösen, kulturellen und politischen Identität bekannte bestimmt. Das besondere Vorgehen trat — wie wir gesehen haben — stufenweise in Erscheinung: in dem Entzug beziehungsweise der Gewährung jener Möglichkeiten, die dem übrigen Teil der Bevölkerung selbstverständlicherweise zur Verfügung stehen. Die Beschränkung ist in der Mehrzahl der Stufen, in den unsererseits dargestellten ersten drei Typen offensichtlich, es muss jedoch betont werden, dass — wie wir darauf bereits hingewiesen haben — das Moment des Entzuges selbst in der freigebigsten Nationalitätenpolitik anzutreffen ist, wies doch das Recht der Lostrennung und der Bildung eines selbständigen Staates sogar der schweizerische Typ zurück. Es ist daher keine Übertreibung zu behaupten, dass das gemeinsame, vom Typ unabhängige Charakteristikum der Nationalitätenpolitik die Beschränkung und der Entzug sind, anders formuliert, das Geltendwerden des ausschliesslichen Rechtes der Mehrheit der Minderheit gegenüber. Und wenn es so ist, dann müssen wir noch bevor wir die Typologie auslegen würden, die Motive der gemeinsamen Eigenschaft klären.

Die Motive finden wir im Wörterbuch der Nationalitätenpolitik, und der Historiker hat nichts anderes zu tun, wie diese herauszuheben, zu systematisieren und auszulegen. An erster Stelle stehen der Praktizismus und die Vernunft. Das einsprachige Land war schon das Ideal des aufgeklärten Absolutismus. Joseph II. schrieb im Jahr 1784, dass es das allgemeine

Wohl erfordere, dass in der ganzen Monarchie eine einzige Sprache gesprochen werde und die Angelegenheiten in einer Sprache erledigt werden. Unter dem allgemeinen Wohl verstand er eine Modernität der Verwaltung und des Staatslebens. Noch ausgesprochener war dies die Ansicht des modernen bürgerlichen Staates, der es — nach Vereinheitlichung der Finanzen, der Gewichts- und Masseinheiten sowie der Beseitigung der Zollgrenzen innerhalb des Landes — einfach für unvernünftig hielt, dass sich die Staatsbürger einander in Wort und Schrift nicht verstehen und dass der Staat mit ihnen in seiner eigenen Sprache nicht kommunizieren kann. Der französische Konvent bewertete 1792 die Sprachen der Nationalitäten als Überreste der Barbarei der vergangenen Jahrhunderte, und wollte alle Mittel in Anspruch nehmen, damit sie so bald wie möglich verschwinden. Das 19. Jahrhundert besenkte in Eifer einer vernünftigen sprachlichen Uniformierung die Menschheit unter anderem mit zwei, auch seither bestehenden Institutionen: mit der allgemeinen Schulpflicht und der allgemeinen Wehrpflicht. Welche Hindernisse das fehlen der Staatssprache verursachen konnte, veranschaulicht auch ein ungarisches Beispiel. István Tisza fand in Juli 1914, in den Tagen der Krise von Sarajevo, in der Polizeihauptmannschaft von Zimony (Semlin) niemanden, mit dem er in ungarischer oder deutscher Sprache telephonisch hätte sprechen können. Hierüber schrieb er dem Banus von Kroatien, dass dies ein unmöglicher Zustand sei, und von seinem Gesichtspunkt aus hatte er auch Recht. Vom Bannkreis der sprachlichen Uniformierung heraustretend kann man demgegenüber die Frage stellen, warum im ungarischen Ministerpräsidium niemand kroatisch sprach.

Das zweite Motiv der die Beschränkung und den Entzug als Grundeigenschaft innehabenden Nationalitätenpolitik ist ideologischer Natur. Die nationale Ideologie ist, wie jede Ideologie, eine Abstraktion der Praxis, sie erklärt und sanktioniert eine irgendwie ausgestaltete Handlung, und ist auch insofern identisch mit anderen Ideologien, dass sie für gewöhnlich zum Dogma erstarrt und die Bewegungsmöglichkeiten der Praxis umgrenzt. Die nachteilige Differenzierung der christlichen Untertanen des Osmanischen Reiches entspringt dem Islam, der wohl eines nationalen Inhaltes entbehrt, in seinen Folgen jedoch trotzdem nationale Interessen verletzt. In Ungarn konnten die Nationalitäten deshalb keine territoriale Autonomie erhalten, weil es im Lande, der ungarischen nationalen Ideologie gemäß, nur eine politische Nation gab, in Russland hingegen schloss die panslawistische Ideologie jedwede Zugeständnisse aus. Diese Ideologie, setzte, wie dies der bekannte Publizist Katkow formulierte, eine völlige sprachliche, natürlich russische, und religiöse Einheit der Slawen Russlands voraus, womit die ukrainische, weissrussische und polnische sprachliche Individualität unvereinbar war, Danilewsky aber, der Verfasser des berühmten Buches Russland und Europa, hat auch die Russifizierung der Slawen ausserhalb Russlands einbezogen. Die sich zumeist aus heimischem Boden nährend nationale Ideologie fand von den Sechzigerjahren an im Darwinismus auch in allgemeinen seine Argumente. Wenn in der Welt der Lebewesen der Kampf zwischen den Rassen ein natürliches Phänomen ist, eben-

so auch, dass die stärkere Rasse die Oberhand gewinnt, dann hat auch unter den Nationen die stärkere das Recht zum Herrschen — so ungefähr lautete das Glaubensbekenntnis des Sozial-Darwinismus —. Der deutsche Reichskanzler Bülów erklärte, indem er die den Polen gegenüber betriebene Politik begründete, dass es das schwache Volk einsehen müsse, dass die herrschende Nation innerhalb ihrer Grenzen ihren eigenen Willen durchsetzt. Im Kampf zwischen den Nationen sei die eine Nation der Amboss, die andere der Hammer.

Das gemeingültigste Motiv der Nationalitätenpolitik ist die politische Überlegung, der für eine längere oder kürzere Zeit gültige politische Bedarf. Es gibt zahllose Motivationen dieser Art, wir wollen daher nur einige typische Varianten erwähnen. Die eine von diesen ist innenpolitischer Natur, und also solche eigentlich der eine sprachliche Uniformierung betreibenden Rationalität verwandt. Barrère, der Sprecher der Wohlfahrtskommission sagte im Konvent, dass es in der Demokratie Recht und Pflicht jedes Staatsbürgers sei die Regierung zu kontrollieren. Hierzu muss man jedoch die Regierung und vor allem deren Sprache kennen. Die Sprache eines freien Volkes könne daher für jedermann nur eine und dieselbe sein. Katkow hingegen schrieb, dass man die gemeinsamen Gesetze des Reiches nur so durchsetzen, das heisst die Untertanen nur so kontrollieren kann, wenn zumindest die Führer der Nationalitäten Russisch können. (Das Mass war deshalb so niedrig gesetzt, weil er von den Burjaten sprach. Für die Nationalitäten des europäischen Russlands hat er — wie wir es bereits gesehen haben — strengere Normen formuliert.) Unter den politischen Motiven kommt am häufigsten die Besorgnis wegen Gefährdung der territorialen Integrität vor. Als der russische Innenminister Walujew im Jahre 1863 die Herausgabe von Büchern in ukrainischer Sprache verbot, nannte er als Begründung unter anderem den ukrainischen Separatismus. Die Sorge entsprang in diesem Fall, wie auch in den übrigen, den objektiven Gegebenheiten. Die Nationalitäten befanden sich im allgemeinen am Rande der Nationalstaaten und der multinationalen Reiche, die Staatsgrenzen schnitten häufig kompakte ethnische Körper entzwei und einige der Nationalitäten gehörten zur ethnischen Gemeinschaft der an den Grenzen liegenden Nationalstaaten. In der Randlage und noch mehr in der mit einer ethnischen Nachbarschaft belasteten Randlage befand sich potentiell die Möglichkeit einer Lostrennung und der Bildung eines selbständigen Staates, beziehungsweise des Anschlusses, unabhängig davon, wie sich hierzu die betreffenden Nationalitäten selbst verhielten. Diese betonten im Kampf um ihre Rechte für gewöhnlich ihre Staatsstreue, und häufig waren sie tatsächlich mit politischen Interessenfäden mit dem gegebenen Staatsgebilde verbunden. Von den elf Nationen der Habsburger-Monarchie hielten beispielsweise zehn ein Durchkommen innerhalb der Grenzen des multinationalen Staates aus aussenpolitischen Überlegungen für möglich. Die Staatsgewalt glaubte jedoch ihren Beteuerungen nicht und vermochte auch die Integrationskraft der tatsächlichen Verbundenheit nicht entsprechend zu erwägen. Sie konnte von dem Gedanken nicht loskommen, dass sich die Nationalitäten lostrennen könnten, und hätte am liebsten an der Situation

geändert, doch da sie dies schon nicht konnte, wollte sie bei der Lostrennung keinesfalls behilflich sein. Dieser Phobie entsprang die ungeduldige Germanisierung der Dänen und der Polen, die rücksichtslose Assimilierung der Ukrainer, Weissrussen und Polen, aber auch der ungarische Zweifel darüber, ob es zweckdienlich sei, das die Sprachrechte garantierende Nationalitätengesetz einzuhalten. Auch die territoriale Autonomie kam selbst in der nachgiebigsten Nationalitätenpolitik deshalb nicht vor, weil diese für eine Stufe zu einer möglicherweise Lostrennung gehalten wurde. Auch grössere Landes- oder Reichszusammenhänge motivierten häufig die Entscheidungen in der Nationalitätenpolitik. Das englische Unterhaus wies die irische Home Rule mit der Überlegung ab, dass in Falle einer Verwirklichung der irischen Selbstbestimmung die Schotten und Waleser für sich ähnliche Rechte fordern würden und dies alles unabsehbare Folgen hinsichtlich des britischen Kolonialreiches hätte. Eine derartige Beziehungsstellung trat auch in internationaler Beziehung in Erscheinung. Unter den multinationalen Reichen zeigte sich eine gewisse internationale Solidarität, und in ihren Entscheidungen berücksichtigten sie öfter die gegenseitigen Interessen. Der tschechische Trialismus wurde 1871 in der Österreichisch-Ungarischen Monarchie unter anderem deshalb verworfen, weil auch Deutschland und Russland dagegen protestierten. Beide Mächte befürchteten, dass nach dem tschechischen Ausgleich eine galizische Autonomie folgen könnte, und letzterer auch die Polen in Deutschland und Russland zu einer grösseren Aktivität anspornen würde. In der Nationalitätenpolitik spielten auch aussenpolitische Überlegungen eine Rolle. Bismarck nahm an, obwohl dies in den Achtzigerjahren schon sehr wenig begründet war, dass die Monarchie im Falle eines Krieges gegen Russland Russisch-Polen aufwiegeln würde. Er meinte, dass eine derartige Entwicklung für Deutschland um so gefährlicher wäre, je zahlreicher die polnische Bevölkerung Posen und Westpreussens ist. Daher – behauptete er – sei die Kräftigung der deutschen Bündnisfähigkeit der Monarchie gegenüber gleichbedeutend mit einer Schwächung des polnischen Elementes in Deutschland.

Der Entzug und die Einschränkung, das gemeinsame Wesen der Nationalitätenpolitik, entsprang demnach den unterschiedlichsten Motiven, und diese führten zumeist zur Ausgestaltung irrationaler Verhaltensformen rationaler Motive. Den Grundsatz der modernisierten Parole der Gegenreformation „*cuius regio eius lingua*“ (Dem das Land gehört, dessen die Sprache) machte sich jedoch nicht jeder Staat zueigen, daher entwickelten sich – wie wir gesehen haben –, trotz der gemeinsamen Motive die verschiedenen Varianten und Typen der Nationalitätenpolitik. Zur Erklärung der Abweichungen bieten sich mehrere Gesichtspunkte an. Am naheliegendsten und mit dem Geist unserer heutigen Geschichtsschreibung erscheint am besten vereinbar, wenn wir von der gesellschaftlich-politischen Einrichtung ausgehen und die Typen mit den verschiedenen Regierungsformen verbinden. Dies tat auch Oszkár Jászi, indem er von einer feudalen und einer industriellen (liberalen) Nationalitätenpolitik sprach und feststellte, dass für erstere die Willkür und die Gewalt, für letztere die Toleranz und

das Verständnis kennzeichnend sind. Dieses Verfahren hat einigermaßen Lebensberechtigung, war es doch nicht gleichgültig, ob jemand Untertan eines willkürherrschaftlichen Systems oder Bürger eines liberalen Staates war. Für einen Bewohner des Landes, der einer anderen Nationalität angehörte, zeigte sich der Unterschied nur darin, dass der Staatsbürger an einem Ort sein Wort gegen die diskriminierenden Massnahmen erheben konnte, an anderen vermochte er selbst das nicht zu tun. Die Massnahmen unterschieden sich jedoch nicht voneinander. Die Rechte der Nationalitäten wurden nicht demnach bemessen, ob der Staat liberal oder aber feudal war. Das republikanische Frankreich war in dieser Hinsicht mit dem zaristischen Russland identisch. Auch der Versuchung kann man schwer widerstehen, dass wir uns bei Auslegung der unterschiedlichen Typen der Nationalitätenpolitik nach den drei Regionen Europas richten. Es scheint naheliegend, dass die Nationalitäten dort am freiesten atmen konnten, wo die Gesellschaft dem Staat gegenüber in Laufe von Jahrhunderten das meiste von ihrer Eigenständigkeit bewahren konnte, also in der westlichen Region, und sich selbst hauptsächlich dort verloren haben, wo die Gesellschaft schon im Mittelalter verstaatlicht wurde, demnach in der östlichen Region. Mittel-Osteuropa könnte auch in diesem System einen Übergang bilden. Jenő Szűcs, der die attraktive Theorie der drei Regionen ausgearbeitet hat, spornt einigermaßen auch selbst zu einer solchen Annäherung an, indem er bei Behandlung der Habsburger-Monarchie den Begriff „Kerker der Völker“ auffrischt. Nun aber hat in der westlichen Region der „von unten nach oben bauende“ Staat, der Persönlichkeitsrechte tolerierte und die Autonomie der verschiedenen Gemeinschaftstypen weitgehend anerkannte, gerade jene Art der Individualität nicht verschont, die später die Grundlage der nationalen Selbstbestimmung, der provinziellen Sonderstellung hätte werden können. Im französischen Absolutismus gab es noch einige Toleranz, aber in englischen keine, und die walesische, schottische und irische Sonderstellung wurde mit Stumpf und Stiel ausgerottet. Als es Gladstone mit der irischen Home Rule versuchte, konnte er nur noch „von oben nach unten“ bauen. In der Nationalitätenpolitik des in der mittelosteuropäischen Region befindlichen Österreichs kann in dieser Beziehung mehr Kontinuität verzeichnet werden. Die Tradition der westlichen Region „eine Menge kleiner Kreise der Freiheit“ bedeutete in der Nationalitätenpolitik überhaupt nichts, und wenn wir schon von der Etikette „Kerker der Völker“ um jeden Preis Gebrauch machen wollen, dann passt diese viel eher für England vor der Reform als für die Habsburger-Monarchie. Schliesslich scheint es bei Auslegung der unterschiedlichen Typen der Nationalitätenpolitik auch das nicht für zweckmässig, wenn wir die verschiedenen Variationen der Staatsgestaltung vor Augen halten. Der französische Nationalstaat wurde auf dem Rahmen der absoluten Monarchie aufgebaut, der deutsche Nationalstaat entstand aus der Vereinigung nationaler Bestandteile, dem unterschiedlichen Ursprung entsprang aber eine völlig identische Nationalitätenpolitik.

Statt der gesellschaftlich-politischen Einrichtung und der in den europäischen Regionen zutage tretenden Abweichungen sowie der verschiede-

nen Variationen der Staatsgestaltung erscheint es daher für zweckdienlicher die Aufmerksamkeit den ethnischen Verhältnissen, den Kräfteverhältnissen der Staatsgewalt, welche die Interessen der führenden Nation zum Ausdruck bringt und der Nationalitäten zuzuwenden. Bei Prüfung der Unterschiede, die in der osteuropäischen Nationalitätenpolitik zu verzeichnen sind, folgte auch Endre Arató diesem Verfahren. Es ist ziemlich augenscheinlich, dass die wirkliche Heimat der unsererseits als restriktiven, französischen Typ bezeichneten Nationalitätenpolitik die vier europäischen Grossmächte: England, Frankreich, Deutschland und Russland waren. Nun in diesen Ländern basierte die sämtliche Rechte entziehende Nationalitätenpolitik auf dem entscheidenden Übergewicht der führenden Nation: in Frankreich und Deutschland auf dem Anteil von über neunzig Prozenten, in Russland hingegen, wo das prozentuelle Verhältnis ungünstig war, auf der zahlenmässigen Stärke der russischen Bevölkerung. Das Übergewicht wurde dadurch nur noch gesteigert, dass die führende Nation zumeist auch in wirtschaftlicher, politischer und kultureller Hinsicht überlegen war, und wie dies das russisch-polnische Verhältnis zeigt, gleichte das Übergewicht nötigenfalls auch die zum Nachteil der führenden Nation in Erscheinung tretenden Niveaudifferenzen aus. Die sich zahlenmässig und auch ansonsten zeigende Kräfteüberlegenheit war für die führenden Nationen beziehungsweise Staaten reichlich genug um einen auftauchenden Widerstand zu bezwingen und bei Ausgestaltung der Struktur und Form des Staates eine Politik der rücksichtslosen Einschränkung zu verfolgen. Die Neigung zur Beschränkung war jedoch nicht allein — wie wir es bereits gesehen haben — für die grossen Nationen kennzeichnend. Die Österreicher wollten die ganze Monarchie germanisieren, das Ideal der Wallonen war ein französisch sprechendes Belgien und auch die ungarische nationale Bewegung des Reformzeitalters zeigte nicht viel Neigung zur Befriedigung der Ansprüche der verschiedenen Nationalitäten. Im Reichstag wurde über die geschichtlich-politische Sonderstellung Kroatiens heftig debattiert und der Gesetzartikel II vom Jahre 1843—44 verfügte, dass „die Unterrichtssprache der Schulen innerhalb der Landesgrenzen Ungarisch sei“. Der österreichische, belgische und ungarische Nationalismus war um nichts besser oder schlechter als der deutsche, der französische und der russische. Die nationale Charakterologie führt auch auf diesem Wege zu nichts. In der Monarchie aber, wo die führende Nation bloss zwanzig Prozente der Gesamtbevölkerung ausmachte, gehörte der zentralisierte Staat nicht in den Bereich der Möglichkeiten. Und auch in Belgien, wo die Wallonen in der Minderheit waren, war die sprachliche Uniformierung keine reale Zielsetzung, ebenso in Österreich, wo die Österreicher nur ein Drittel der Gesamtbevölkerung ausmachten, oder in Ungarn, wo der Anteil der ungarischen Bevölkerung unter fünfzig Prozenten war. Dies um so weniger, da die Nationalitäten der besprochenen Länder ihre gegenteilige Meinung sehr erfolgreich zum Ausdruck brachten. Infolge der ethnischen Proportionen und der Kräfteverhältnisse waren die führenden Nationen und ihre Staaten genötigt Konzessionen zu machen: das ist die eigentliche Grundlage der konzessiven Nationalitätenpolitik belgischen Typs.

Es gab aber auch einen Fall, in dem die Arithmetik der ethnischen Proportionen nicht zur Geltung kam. Die Schweiz wird zu zwei Dritteln von Deutschen bewohnt, und bloss ein Drittel ist der Anteil der übrigen: der Franzosen, Italiener und Rätomanen. Aus diesem deutschen Übergewicht ergab sich aber weder eine Zentralisierung noch eine sprachliche Uniformierung, in Gegenteil, die distributive Nationalitätenpolitik erwies sich für damit vereinbar: die totale sprachliche Gleichberechtigung und die föderative Sonderstellung der Kantone. Wir könnten darauf sagen, dass dies ein Einzelfall sei, doch das würde uns von einer Erklärung noch nicht befreien. Aber wir können das auch nicht behaupten, denn die Elemente der distributiven, sich an der Souveränität teilenden Nationalitätenpolitik finden wir auch im schwedisch-norwegischen und im österreichisch-ungarischen Dualismus, ebenso im ungarisch-kroatischen Ausgleich und in der Regelung des österreichisch-polnischen Verhältnisses. Von den beiden letzteren kann man auch das nicht behaupten, dass sich Ungarn beziehungsweise Österreich mit ihren zahlenmässig stärksten Nationalitäten teilten. Hier war etwas anderes massgebend, nämlich die zu einem politischen Faktor gewordene historische Tradition. Und dies führt uns zum Verständnis des unregelmässigen schweizerischen Musters und im allgemeinen der distributiven Nationalitätenpolitik. Wo es gelungen ist die provinzielle Sonderstellung oder die kleinstaatliche Selbständigkeit, diese zumeist ständische und feudale Form der territorialen Freiheit bis zur Neuzeit zu bewahren, wo Institution, öffentliches Recht und allgemeine Meinung diese Autonomie einem Bollwerk gleich ummauerten, und wo sich zugleich die alten Formen mit neuem Inhalt füllten und sich die historisch-politischen Einheiten mit Interessenfäden mit der grösseren Einheit, dem multinationalen Staat oder dem Staatenbund verbunden fühlten, dort wich die moderne Staatsorganisation vom Zentralisierungsmuster ab, und tolerierte zwangsweise oder aus Einsicht auch weiterhin diese Sonderstellung. Die Österreicher die der Ungarn und die Ungarn die der Kroaten eher zwangsweise, der Anerkennung dieser Sonderstellung ging an beiden Stellen ein bewaffneter Kampf voraus, die schweizerische Eidgenossenschaft die der Kantone eher aus weiser Einsicht. Und schliesslich war es nicht schwer zu begreifen, dass in der Nachbarschaft des sich entwickelnden, sodann ausgestalteten einheitlichen Deutschlands ein dritter zentralisierter Staat deutschen Charakters keine Daseinsberechtigung hat, und auch das nicht, dass der Bundesstaat seine Existenz in einem solchen Medium nur durch eine völlige kantonale und nationale Gleichberechtigung zu sichern vermag. Vielleicht beleuchtet dieser Zusammenhang, die Symbiose des deutschen Volkstums und der deutschen Nachbarschaft, warum unter allen europäischen Ländern gerade Österreich nach 1867 dem Schweizer Muster am nächsten kam. Und eventuell auch das, warum die Vorstellung der „östlichen Schweiz“ in Ungarn stets der politischen Realität entbehrte.

In unserer Studie haben wir eingangs gesagt, dass wir unsere Untersuchungen bezüglich der Nationalitätenpolitik deshalb in letzten Drittel des 19. Jahrhunderts durchführen, weil diese Epoche die meisten Lehren verspricht. Der Leser, der unsere Erörterungen verfolgt hat, stimmt uns vielleicht zu, dass diese Wahl nicht verfehlt war. Das letzte Drittel des Jahrhunderts bot zusammen mit den hierher laufenden Antezedentien eine breite Auswahl der Nationalitätenpolitik, und gab uns Gelegenheit zur Aussonderung und Demonstration der verschiedenen Typen. Alles kannte freilich auch das 19. Jahrhundert noch nicht. Die total verzerrten Züge der Nationalitätenpolitik: die gewaltsame Renationalisierung, die Millionen in Mitleidenschaft ziehende Aussiedelung und den massenhaften Völkermord zeigte der Menschheit das 20. Jahrhundert. Die kranken Zellen, welche die spätere krankhafte Entartung verursachten, waren jedoch schon in jener ruhigeren Zeit vorhanden. Dem sich mit der Nationalitätenpolitik befassenden Historiker kann daher seine Arbeit eigentlich nicht viel Freude bereiten. Es sei denn, dass er den Krankheitserreger erkannt und die Diagnose festgestellt hat. Dazu aber, dass er einem praktischen Arzte ähnlich als eine Therapie vorschreibe, hat er überhaupt keine Möglichkeit. Er kann bloss annehmen, dass auch die im Nationalismus wurzelnde Nationalitätenpolitik ein Lebensalter und mit dem Alter zusammenhängende Eigenarten hat. Der zügellosen und mit schweren Krankheiten belasteten Pubertät kann ein ausgeglichenes, gesundes Mannesalter folgen. Daher kann er nur hoffen, dass sich die Nationalitäten so lange erhalten können, bis diese weise, gereifte Epoche der Nationalitätenpolitik auch im mittel-osteuropäischen Raum Fuss fasst.

LITERATUR

Aus der umfangreichen Literatur der Nationalitätenfrage und Nationalitätenpolitik zählen wir nur jene Werke auf, deren Angaben oder Gesichtspunkte wir in unserer Studie benutzt haben. Diese Arbeiten führen wir in alphabetischer Folge der Verfasser an. Unter dem Stern führen wir in Reihenfolge des Vorkommens jene Arbeiten an, deren Autoren wir im Text auch dem Namen nach erwähnten.

Arató, E.: A nemzetiségi kérdés Nagy-Britanniában (Die Nationalitätenfrage in Grossbritannien). Budapest 1978.

Fischel, A.: Der Panslawismus bis zum Weltkrieg. Stuttgart und Berlin 1919.

Fueter, E.: Die Schweiz seit 1848. Zürich und Leipzig 1928.

Hanák, P.: Magyarország a Monarchiában (Ungarn in der Monarchie). Budapest 1975.

Jászi, O.: A Habsburg-monarchia felbomlása (Zerfall der Habsburger-Monarchie). Budapest 1982.

Jóó, R.: Nemzetiségek és nemzetiségi kérdés Nyugat-Európában (Nationalitäten und Nationalitätenfrage in Westeuropa). Budapest 1977.

Junghann, O. und Boehm, M. H.: Ethnopolitischer Almanach. Ein Führer durch die europäische Nationalitätenbewegung. Wien und Leipzig 1930.

Kann, R. A.: Werden und Zerfall des Habsburgerreiches. Graz – Wien – Köln 1962.

Karsai, L.: A nemzetiségi kérdés Franciaországban (Die Nationalitätenfrage in Frankreich). Budapest 1983.

Kohn, H.: Nationalismus und Imperialismus im Vorderen Orient. Frankfurt am Main 1931. Language Problem in Belgium. Brussels 1967.

Lemberg, E.: Nationalismus I – II. Hamburg 1964.

Mai, J.: Die preußisch-deutsche Polenpolitik 1885 – 1887. Berlin 1962.

- Netschikina, N. V.*: A Szovjetunió története. II. k. Oroszország a XIX. században (Geschichte der Sowjetunion, Bd. II. Russland im 19. Jahrhundert). Budapest 1956.
- Nyiri, K.*: A Monarchia szellemi életéről (Über das Geistesleben der Monarchie). Budapest 1980.
- Schieder, Th.*: Typologie und Erscheinungsformen des Nationalstaates in Europa. Historische Zeitschrift. Bd. 202 (1966).
- Segel, B.*: Rumänien und seine Juden. 1918.
- Steen de Jeshy, F. von den*: De la situation légale des sujets ottomans non-musulmans. Bruxelles 1906.
- Stourzh, G.*: Die Gleichberechtigung der Volksstämme als Verfassungsprinzip 1848–1918. In: Die Habsburgermonarchie 1848–1918. Bd. III. Die Völker des Reiches. Wien 1980.
- Szekfü, Gy.*: Iratok a magyar államnyelv kérdésének történetéhez (Schriften zur Geschichte der Frage der ungarischen Staatssprache) 1790–1948. Budapest 1926.
- Szolcsányi, H.*: Európa államainak statisztikája kiváló tekintettel Magyarországra (Statistik der Staaten Europas mit besonderer Rücksicht auf Ungarn). Eger 1884.
- Winkler, W.*: Statistisches Handbuch der europäischen Nationalitäten. Wien und Leipzig 1931.
- Wittram, R.*: Das Nationale als europäisches Problem. Göttingen 1954.
- Zwittner, F.*: Les problèmes nationaux dans la Monarchie des Habsbourg. Beograd 1960.

*

- Popovici, A. C.*: Die Vereinigten Staaten von Groß-Österreich. Leipzig 1906.
- Eisenmann, L.*: Le compromis austro-hongrois de 1867. Paris 1968.
- Steed, H.W.*: The Habsburg Monarchy. London 1913.
- Seton-Watson, R.W.*: Racial problem in Hungary. London 1908.
- Benes, E.*: Le problème autrichien et la question tchèque. Paris 1908.
- Jászi, O.*: A nemzeti államok kialakulása és a nemzetiségi kérdés (Die Ausgestaltung der Nationalstaaten und die Nationalitätenfrage). Budapest 1912.
- Slavici, I.*: A világ, amelyben éltem (Die Welt, in der ich lebte). Bukarest 1980.
- Baumont, M.*: L'essor industriel et l'imperialisme colonial (1878–1904). Paris 1965.
- Kann, R. A.*: Das Nationalitätenproblem der Habsburgermonarchie. Geschichte und Ideengehalt der nationalen Bestrebungen vom Vormärz bis zur Auflösung des Reiches. Bd. I–II. Graz–Köln 1964.
- Pascu, St.*: Siebenbürgen und die Bukowina im Rahmen des Habsburgerriches. In: Die Habsburgermonarchie 1848–1918. Bp. III. Die Völker des Reiches. Wien 1980.
- Pascu, St.*: Was ist Siebenbürgen? Siebenbürgen im Rahmen der rumänischen Kultur. Cluj–Napoca 1983.
- Szücs, J.*: Vázlat Európa három régiójáról (Skizze der drei Regionen Europas). Budapest 1983.
- Arató, E.*: Kelet-Európa története a 19. század első felében (Geschichte Osteuropas in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts). Budapest 1971.